

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Leipzig und des Stadtrates zu Zwenkau behördlicherseits bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pegau, Taucha und noch verschiedener Landgemeinden

Besitzungspreis mit illust. Beilage Volf und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 1.80, für Selbstabholer 1.70 M. — Durch die Post bezogen 1.80 M., ohne Postgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postscheckkonto: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 58477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — Verlag in Leipzig,
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72206

Insetseratenpreise: Die 10gelpalt. Kolonialzeile 35 Pfg., Familiennachrichten von Privaten mit 50% Nachah. Stellenangebote 10gelp. Kolonialzeile 25 Pfg. Kleine Anzeigen: Ueberläufertswort 20 Pfg., Tegtwort 10 Pfg. Reklamezeile 2 M. Inserate v. auswärts: die 10gelp. Kolonialzeile 40 Pfg. Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Aussträger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Der Aufmarsch zum 13. März

Der Parteitag der Leipziger Bezirksorganisation für die taktische Haltung der Partei
Severing und Otto Braun über die Stellung Preußens zur Reichspräsidentenwahl

Der „Frontfämpfer“ 10 Tage an der Front

Kamerad Adolf

SPD Hamburg, 27. Februar.

Im „Echo der Woche“, der Wochenausgabe des sozialdemokratischen „Hamburger Echo“, sollte am Sonnabend der Tatsachenbericht über Hitlers wirkliches „Frontleben“ unter dem Titel „Kamerad Hitler“ veröffentlicht werden. Der Autor dieses Berichtes ist ein langjähriger Regimentskamerad Hitlers vom 16. Bayrischen Reserve-Infanterie-Regiment, ein tapferer Soldat, der sehr früh das E. K. II. als erster des Bataillons das E. K. I. und später auch neben anderen Auszeichnungen die mit einem Ehrensold verbundene Bayrische Tapferkeitsmedaille erhielt. Dieser Mann erzählt mit schlichten Worten von der Rolle, die Hitler während des Weltkrieges gespielt hat. Die bloße Ankündigung dieses Berichts an den Anschlagstüten Hamburgs hat Hitler so aufgeregt, dass er sofort durch seinen Rechtsanwalt beim Landgericht Hamburg eine einstweilige Verfügung gegen das „Echo der Woche. Illustriertes Blatt der Wasserlante“ erwirkt, die sich in der Vergründung u. a. auf den Kommentar zum Wettbewerbsgesetz des jüdischen Juristen Rosenthal stützt.

Da die Redaktion des „Echo der Woche“ in Verbindung mit der Druckerei Auer u. Co. alle juristisch möglichen Schritte gegen diese Verfügung sofort unternommen hat, wird eine gerichtliche Klärstellung des „Seldentums“ Adolf Hitlers erfolgen. Sie wird an dem nüchternen Tatsachenbericht seines Regimentskameraden nicht vorbeikommen.

Hitlers Regimentskamerad weist im „Echo der Woche“ nach, dass Hitler nicht mehr als 10 Tage in der vordersten Linie war, dass Hitler sich dann sofort als Meldegänger für das Regiment bewarb, während die Kompanie ihren ältesten Kriegstreuen, den 40-jährigen Familienvater Michel Schlehuber, vorschlug, der

aber erklärte: „Nein, Kameraden, ich bleibe bei euch vorn im Graben, was soll ich hinten beim Stab?“ Dahin aber ging Adolf Hitler und saß seitdem im bomben sicherem Gewölbe unter der Kirche von Messines im Regimentsunterstand.

Hitlers Regimentskamerad weiß weiter nach, dass Hitler bei den schweren Kämpfen bei Neuve-Chapelle als Meldegänger dieser Aktion nur von weitem folgte, doch er nicht in die Kampfhandlungen der vordersten Linie eingreifen brauchte, da er von diesen Realitäten des Frontkampfes erst aus den Berichten erfuhr.

Im „Echo der Woche“ wird weiter festgestellt, dass Hitler später mit dem Regimentsstab vom Schloss von Fromelles noch weiter nach Bourges zurückging, so dass man sein Gesicht im Schlüppengraben schon fast vergessen hätte. Bourges, das für Hitler die Front war, bedeutete für den Gräbenoldaten Lazarus! Erholung! Die Soldaten von Hitlers Kompanie lagen am La Bassé-Kanal dem Feind weit näher als dem eigenen Regimentsstab.

Der Regimentskamerad Hitlers erklärt ferner, dass Hitler vier Jahre lang Gelegenheit hatte, sich in der ersten Linie auszuzeichnen, aber sich in der letzten aufzuhalten hat. Seine Vorsicht war größer als sein Ehrgeiz. Darum ging er auch nur als Getreter aus dem Weltkrieg hervor. Wenig hat er im Gegenzug zu seiner eigenen Kühnheit mit ernsten Kriegserlebnissen seines Regiments zu tun.

Es gibt in München eine Vereinigung ehemaliger Angehöriger des Regiments-List des 16. Bayrischen Reserve-Infanterie-Regiments. Dieser Vereinigung gehören alle Frontkameraden an, die lebend aus der letzten großen Offensive zurückgekehrt sind. Einer der wenigen, der dieser Vereinigung bis auf den heutigen Tag fernbleibt, ist Adolf Hitler.

Meidet dieser Mann, der nicht viel von der Kameradschaft des Schlüppengrabens zu reden weiß, die Kameradschaft derer, die in der Lage sind, ihm auf die Finger zu sehen? Hat er Angst vor der Wahrheit?

Schlägt Hitler!

Arbeitersportler stehen
zur „Eisernen Front“

221 Delegierte waren gestern in der Turnhalle des Turn- und Sportvereins Moskau versammelt, um den Bericht ihrer Bezirksleitung über das verflossene Jahr entgegenzunehmen. Aus dem Bericht des Vorsitzenden ist zu entnehmen, dass der Bezirk 181 Vereine mit 23 673 Mitgliedern hat. Die Vereine haben sehr unter den wirtschaftlichen Verhältnissen infolge der großen Arbeitslosigkeit zu leiden. Als Neuerung ist zu verzeichnen die Einrichtung der Bezirkspressestelle, und ist dadurch eine bessere Berücksichtigung unserer Bewegung in der Tagespresse möglich, nur wird gewünscht, dass uns mehr Platz zur Verfügung gestellt wird. Folgende Entschließung gelangt zur Annahme:

Die Vertreter von 35 000 Angehörigen der Leipziger Arbeiter-, Turn- und Sportvereine sind sich einig in dem unerschütterlichen Willen, alles einzusehen, um die Gewaltherrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zu verhindern. Sie rufen deshalb ihre Mitglieder zur größten Wachsamkeit auf und erinnern in den Marschallonen der Eisernen Front die beste Garantie für die Erhaltung der Demokratie und der sozialen Errungenschaften.

Unter Anträgen war bemerkenswert ein Antrag, die bestehenden Turngruppen in Organisationen zu umzuwandeln. Im Prinzip waren sich hierbei die beiden interessiertesten Sparten, die Fußballer und Turner, einig, nur über die Einteilung ist man verschiedener Meinung.

Die Neuwahlen gingen glatt vorstatten und wurden die alten Genossen, bis auf den Genossen Friedrich, der nach 30-jähriger Tätigkeit, wofür ihm Dank gezollt wurde, aus dem Bezirk ausscheidet, wiedergewählt.



Faschistische Strömungen

Die skandinavischen und baltischen Staaten

Es war vor etwa fünf oder sechs Jahren, als in Schweden ein Lieutenant Hallgren rechtsextreme Gruppen organisierte und für sie die extrem nationalistisch gerichtete Zeitung „Nation“ herausgab. Damals glaubte ein großes schwedisches bürgerliches Blatt diese Bestrebungen dadurch bagatellisieren zu können, wenn es ironisch bemerkte, der Faschismus sei wohl ein südländisches Produkt, keineswegs aber lebensfähig auf der kalten schwedischen Erde. Aber nur wenig später fand in Schweden tatsächlich, wenn auch in etwas anderen Formen, der Faschismus eine gewisse Verbreitung. Im Herbst 1928 kam es zu den schwedischen Panikwahlen, die trotz glänzender propagandistischer Vorbereitung der Sozialdemokratie einen Verlust von 15 Parlamentsplätzen brachten. Allein die Tatsache, dass ihr nach den Wahlen von 1924 gemeinsam mit den vier kommunistischen Plätzen lediglich noch sieben Mandate an der parlamentarischen Mehrheit fehlten, vor allem aber ihr Verlangen nach einer höheren Erbschaftssteuer und ihr angebliches Streben nach der sozialistisch-bolschewistischen Allianzherrschaft schweißten das Bürgertum zusammen, mobilisierten Massen von Rüstwählern und führte trotz erheblichem Stimmenzugewinn der Sozialisten und Kommunisten zum Verlust von Mandaten. Seither haben die reaktionären Kräfte ständig an Einfluss gewonnen. Es war neben dem Abenteurer Hallgren besonders der Generalleutnant Munk, der 1927 im Einverständnis mit dem damaligen Stockholmer Polizeipräsidium eine geheime bewaffnete Bürgerwehr gründete. Welchen Zwecken diese Elemente dienen sollten, das bewies der blutige Zusammenstoß von Adalen im Mai 1931. Als streitende Arbeiter gegen bewaffnete Streikbrecher demonstrierten, schossen sie und Militär in deren Reihen und töteten fünf Proletarier und eine Frau. Die Hintergründe dieser sich ständig verschärfenden schwedischen faschistischen Strömungen sind dadurch etwas beleuchtet worden, dass man Ende 1931 umfangreichen Waffenschmuggel gezeigt auf die Spur kam, unter deren Manager sich unter anderem auch einer von den Mördern Karl Liebnechts, der Seeoffizier a. D. Horst v. Pfeugl-Hartung und Verbindungsmann zu den deutschen Faschisten, befand. Das Überlaufen der offiziellen Stellen von diesen dunklen Vorgängen vermag über die wahren Absichten der schwedischen Bourgeoisie nicht hinwegzutäuschen. Sicher, im Vergleich mit der faschistischen Gefahr in Deutschland erscheinen diese Dinge als belanglos. Man darf sie aber deshalb keineswegs unterschätzen. Die allgemeine Weltwirtschaftskrise, die Entwertung des englischen Pfundes, wie auch die Ablehnung des Goldstandards verschärfen in ganz Skandinavien die wirtschaftliche und politische Lage und begünstigen reaktionäre Absichten.

Abgesehen von den Verhältnissen in Dänemark, dessen Bürgertum nicht minder von faschistischer Ideologie infiziert ist, ohne sie allerdings bisher politisch zum Ausdruck zu bringen, ist die gegenwärtige Situation in Norwegen fast besorgniserregend. Denn hier triumphierte bereits vor vier Jahren der kalte Faschismus der Bankiers und Großbourgeois, die im Februar 1928 die Arbeiterregierung Hornsrud nach zwölfjährigem Wirken stürzten. Und die Parlamentswahlen vom Oktober 1930, die für die Sozialdemokratie mit einem Verlust von zwölf Mandaten endeten, gleichzeitig die Kommunisten völlig aufstiegen und die Zahl der bürgerlichen Sitze stiegerten, waren der Auftakt zu einer Ära schwerer Angriffe und Verfolgungen gegen die norwegische Arbeiterschaft. Auch hier kämpft man, je schwieriger die wirtschaftliche Lage wird, immer brutaler und unverhohlene gegen links und sucht man alle Auswirkungen der Krise dem Proletariat aufzubürden. Es wäre also ein verhängnisvoller Irrtum, den Norden Europas als immun für den Faschismus zu betrachten. Die fortschreitende Zerrüttung der west- und mitteleuropäischen Wirtschaftszentren steigert vielmehr auch die Nervosität und Unsicherheit der herrschenden Klassen in Skandinavien. Und stärkste Antriebe erhält gerade hier der allgemeine Rechtsfurs durch das Beispiel der teilweise bereits völlig faschisierten baltischen Staaten.

Hier, in den winzigen nationalen Nachfolgestaaten des zaristischen Russlands bestehen ja die idealsten Voraussetzungen zur Gestaltung faschistischer Herrschaftsmethoden. Wirtschaftlich wie politisch unselbstständig, ökonomisch entweder rückständig,

Gegen Verleumdungen durch die Presse

Brannweinverbot am 12. und 13. März

SPD Am 27. Februar stand im preußischen Innenministerium eine Konferenz der preußischen Ober- und Regierungspräsidenten statt. Außer dem preußischen Innenminister Seizing wohnten Ministerpräsident Braun und die Minister Steiger und Grimmel den Beratungen bei.

Die Besprechungen wurden eingeleitet durch eine längere Rede des Innenministers, der zunächst darauf hinwies, daß der Winter bis jetzt ohne jede Störung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit vergangen sei. Seizing fuhr dann fort: Wir sind zwar noch nicht über den Winter ganz hinweg, denn noch liegen die Ideen des März vor uns, und die Märztagen werden ja auch den Höhepunkt der politischen Kämpfe mit sich bringen. Aber es ist erfreulich, gegenüber all den Befürchtungen, die im Herbst vorigen Jahres ausgesprochen worden sind, feststellen zu dürfen, daß wir das Ende des Monats Februar erreicht haben, ohne daß die hier und da von ängstlichen Gemütern prophezeite Gefährdung des Staatsgefüges eingetreten ist. Die Unterstützung und Verfolgung der Erwerbslosen wird auch die brennende Frage der Zukunft sein. Wir können heute noch bis Ende März einigermaßen klar sehen, welche Mittel uns zur Verfügung stehen, darüber hinaus aber tappen wir vorläufig noch im Ungewissen. Es ist der preußischen Staatsregierung bekannt, daß die Reichsregierung sich mit der Frage beschäftigt, die Arbeitslosenversicherung und Unterstützung zu vereinbaren.

In Finnland

herrscht heute faktisch neben dem offiziellen Schattenkabinett der Lapposchismus, organisatorisch

fundiert auch die nationalistiche Bewegung "Suomen Luonto" (Finnlands Schloss und Riegel) und geistig beeinflußt von der Gesinnung des Arbeiterschlächters General Männerheim ungeliebten Angedankens. Erzreaktor und antidemokatisch, bekämpft sie mit allen Mitteln die Arbeiterbewegung. Aber trotzdem sie erst im Sommer 1930 an die Öffentlichkeit trat, hat sie innerhalb der finnischen Bauernschaft schon an Ansehen eingesetzt. Mochte doch im November 1931 die Lappobant in Folge großer Unterschlagungen ihres Leiters plötzlich ihre Zahlungen einstellen. Die im Dezember 1931 neuerrichtet aufgetauchten Staatsstreichpläne dienen sichtlich zur Maskierung der eigenen Mängel. Das vereidendende Bauerntum wird langsam skeptisch. Die Verfolgung oder Ermordung schuldsloser revolutionärer Arbeiter und Bauern vermag ja schließlich nicht die furchtbare Wirtschaftsnot zu lindern.

Und daß auch eine völlig faschistische Regierung niemals imstande ist mit drakonischen Zwangsmahnahmen gegen Andersdenkende die Dinge zu meistern, erwies mit erschreckender Deutlichkeit das Schicksal Litauens. Hier herrschten zwar "Ruhe und Ordnung", absolute Auschaltung jeglicher oppositioneller Bewegung. Über lediglich grenzenlose Verkümmерung der Bauern- und Arbeitermassen und wirtschaftlich-faschistischer Stillstand sind die "positiven" Ergebnisse dieser Bestrebungen.

In Estland verlor der Erfolg der Lappoleute den unterirdischen faschistischen Tendenzen neuen Ansporn. Bisher freilich vermochten sie sich infolge des Widerstandes der Sozialisten und durch ihren Einfluß in der Regierung politisch nicht durchzusetzen. Doch die Wirtschaftskräfte ist auch hier den Schriftsteller aller reaktionären Dünkelmänner. Der unter der Führung des sonderrevolutionären Admirals Pitsa stehende nationalistische Frontkämpferbund versucht schon des öfteren den Gedanken des Staatsstreiches. Noch im Sommer des letzten Jahres ließ er dem Parlament wie der provokatorische Forderungen seines Faschistengesetzes überreichen und emphatisch erklärt, daß er nach drei Monaten "geeignete Maßnahmen ergreifen würde".

Und ähnlich liegen endlich auch die Verhältnisse in Lettland. Auch hier bestehen günstige Voraussetzungen zu diktatorischen Coup. Auch hier schwelen unterirdisch oder kaum noch verbüllt faschistische Ideen. Da außerdem hier, wie ganz allgemein im Baltikum die Klassenkräfte noch nicht so ausgereift sind als dies etwa in Deutschland der Fall ist, die Arbeiterschaft selbst nur ganz bedingt nennenswerten Einfluß ausüben vermag, besteht aller erforderlicher Spielraum zur Entfaltung machtpolitischer Ansprüche durch Militärs und bürgerliche Politikanten.

So sucht die faschistische Welle nunmehr den ganzen Kontinent zu überbranden, vom Osten und vom Norden her den Raum der mittel- und westeuropäischen Demokratien mehr und mehr einzunehmen und vor allem Deutschland, den strategisch-politischen Angelpunkt im großen europäischen Ringen um die Entscheidung zwischen Demokratie und Diktatur zu erfassen.

Nygaard.

Nazi kann nicht Beamter sein

Der Disziplinargerichtshof gegen Gröner

CDU Berlin, 27. Februar.

Wie der Amtliche Preußische Pressechef mitteilt, hat der Disziplinarhof für die nichtrichterlichen Beamten im Disziplinarverfahren gegen einen höheren Polizeioffizier erneut den Grundfaß aufgestellt, daß das offene Bekennen des Polizeioffiziers zur NSDAP ein Dienstvergehen sei, denn — so heißt es in dem Urteil — der Angeklagte ist damit für eine Partei eingetreten, die den Umsturz der bestehenden republikanisch-parlamentarischen Staatsform nötigenfalls mit Gewalt erstrebt". Diesen Standpunkt hat der Disziplinarhof, wie er im Urteil feststellt, bereits in einer höchstrichterlichen Entscheidung vom 9. 3. 1931 vertreten. Er hat sich dabei in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts befinden, dessen Vierter Strafsenat in seiner Entscheidung vom 10. Februar 1931 entsprechendes ausgeführt hat.

"Von dieser Rechtsstreitigkeit", so heißt es u. a. weiter, "die seitdem in zahlreichen Entscheidungen ständig aufrechterhalten worden ist, abzugehen, besteht kein Anlaß. Wenn in neuerer Zeit noch die für die NSDAP erfolglosen Wahls in der Partei-Presse dieser Partei und den Neuerungen ihrer Führer von 'legalem' Wege gehabt werden soll, auf denen ihr Ziel, das 'Dritte Reich' verwirklicht werden soll, so handelt es sich hierbei nur um eine Verschleierung des wahren Ziels, nämlich der gewaltsmäßen Befestigung der bestehenden Staatsform. Ein Staatsbeamter aber, der sich offen als Anhänger dieser Partei zu erkennen gibt, offen für diese eintritt, wie es der Angeklagte getan hat, begibt sich in Dienstvergehen."

Kriegserinnerungen an Rosenberg

SPD Der Nazi-Hauptling und Chefredakteur des "Völkischen Beobachter" Rosenberg, der aus Rußland stammt und sich heute in Deutschland als völkisch-nationaler Lehrmeister aufspielt, hat es bisher peinlich vermieden, darüber Auskunft zu geben, wo er während des Krieges gesteckt hat. Jetzt glaubt eine französische Wochenzeitung "Le suis Patriot" näheres darüber mitteilen zu können. Sie schreibt wörtlich:

Herr Rosenberg, Chefredakteur des "Völkischen Beobachter", des Zentralorgans der nationalsozialistischen Partei, ist entschieden ein netzwerdiges Mensch. Von seinem Chef Hitler beauftragt, eine diplomatische Rundreise durch die Hauptstädte der Länder zu unternehmen, hat Rosenberg seine delicate Mission mit einer Reise nach London begonnen. Aber derartige Ehrenaufträge haben ihre Unannehmlichkeiten: Sie bringen den Menschen in Sichtweite und beschwören gewisse Erinnerungen heraus. So geschieht es, daß gewisse absolut glaubwürdige Personen sich erinnern, Herr Rosenberg im Informationsdienst des Außenministeriums in Paris, in der Rue François-Jerusalem gelernt zu haben.

Herr Rosenberg ist in der Tat kein Jude, wie gewisse Journalisten behaupten zu können glauben; das wäre eine zu heftige Vergewaltigung der Kasseprinzipien gewesen. Aber Herr Rosenberg ist ein Jude; er war also russischer Unterländer und hat in dieser Eigenschaft den Krieg in Diensten des Quai d'Orsay mitgemacht...

Wie steht es mit diesen Behauptungen, Herr Rosenberg?

Zusammenstoß in Berlin

Am Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt 120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest. 70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Am Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozialisten

überfallen und blutig geschlagen. Die Polizei nahm insgesamt

120 Personen, die an den Ausschreitungen beteiligt waren, fest.

70 blieben in Polizeigewahrsam.

Um Sonntag kam es in Berlin wiederholzt zu Zusammen-

stößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. In vielen

Fällen wurde von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. In einem

Falle wurden auch zwei Reichsbannerleute von Nationalsozial

00697

Arbeiter und Bauern Hand in Hand

Sozialisten gegen Militärausgaben

SPD Paris, 27. Februar.

In der Kammer kritisierte der sozialistische Abgeordnete Chouffet am Sonnabend bei der Beratung des Marinebudgets die Militärausgaben Frankreichs.

Chouffet erklärte zu Beginn seiner Rede, daß er mit den vom Berichterstatter angegebenen Ziffern nicht einverstanden sei. Nach dem Berichterstatter seien für das Heer, die Marine und das Militärflugwesen im ganzen 9½ Milliarden Franc für das nur neun Monate umfassende Finanzjahr 1932 vorgesehen. Wenn man über die in anderen Budgets verfestigten Militärausgaben berücksichtige, komme man zu einer Ziffer von 12½ Milliarden, was für ein ganzes Jahresbudget eine Ausgabe von etwa 16½ Milliarden Franc bedeute. Daraus ergebe sich, daß sich die Militärausgaben Frankreichs gegenüber dem Vorjahr um 1½ Milliarden Franc erhöht haben. Der Berichterstatter des Heeresbudgets erklärte darauf, er müsse gegen die Ziffern Chouffets Vorbehalt machen. Chouffet: "Der Minister der Landesverteidigung bestreitet sie aber nicht." Minister Piétri: "Ich bitte um Verzeihung. Die Regierung hat dem Völkerbund Ziffern übermittelt, die von den Ihrigen abweichen und die die richtigen sind."

Der sozialistische Redner führte dann weiter aus, daß die Militärausgaben Frankreichs gegenüber der Vorkriegszeit bedeutend höher geworden seien. Angesichts dieser dem Lande auferlegten Opfer müsse man sich fragen, ob Frankreich jetzt gegen jede Gefahr gefügt sei. Die französischen Truppenbestände bewiesen sich zur Zeit auf 700 000 Mann gegenüber 600 000 vor dem Kriege. Der Minister der Landesverteidigung erklärte in einem Zwischenruf, daß diese Zahl nicht zutreffend sei. Frankreich besitze zur Zeit ein Heer von 643 000 Mann, worauf Chouffet einwarf, daß die Zunahme der Zahl der Offiziere und Unteroffiziere ein Junghaus der Mannschaftsbestände beweise.

Der Redner widerlegte dann die Angaben, die der Berichterstatter über die deutschen Militärausgaben in zwei Artikeln des "Matin" veröffentlicht hat. Er hatte dort behauptet, daß Deutschland heute ähnlich mehr für eine Armee ausgebe, die offiziell eigentlich kleiner sei als sein Vorkriegsheer. Chouffet erklärte, die Heeresausgaben Deutschlands hätten sich im Jahre 1913 auf 2233 000 000 Goldfranc belaufen, während das französische Heeresbudget 1472 000 000 Franc betragen habe. Nach den amtlichen Dokumenten und den Angaben des Marschalls Foch im Jahre 1927 sei Deutschland wirklich entmachtet. (Zuruf des nationalsozialistischen Abgeordneten de Lasticie: Seit 1927 haben sich die Dinge geändert!) Heute gebe Deutschland gemäß den dem Völkerbund gemachten Ziffern nur 4½ Milliarden Papierfranc für ein Heer von 260 000 Mann einschließlich der Schupo aus.

Der Redner gab jedoch zu, daß Deutschland dank seiner Industrie und seiner Fortschritte auf chemischem Gebiet und in der Luftschiffahrt stärker als Frankreich sei. Die Kriegsgefahr liege in der Zukunft in den Laboratorien und gegen diese Gefahr seien die Befestigungen an der französischen Grenze nutzlos. Gegenüber den Möglichkeiten der Zukunft sei überhaupt keine Landesverteidigung mehr wirkam. Die einzige Rettung sei die allgemeine Wirtschaft. Man müsse hoffen, daß die französische Regierung in Genf den größten Versöhnungswillen zeigen werde.

Vorschriften für die Präsidentenwahl

Der Reichsinnenminister hat an die Länderregierungen ein Rundschreiben gerichtet, in dem er Mitteilungen über die technischen Einzelheiten für die Wahl des Reichspräsidenten macht. In diesem Schreiben wird darauf hingewiesen, daß sich der Reichsrat schon im Jahre 1925 für ein einheitliches Stimmzettelmuster ausgesprochen hat; es habe sich schon bei der Reichspräsidentenwahl 1925 bewährt. Die Stimmzettel für die kommende Reichspräsidentenwahl seien nach demselben Muster herzustellen. Die Stimmzettel müssen alle zugelassenen Wahlvorschläge mit Vor- und Zusamenstand oder Beruf und Wohnort des Anwärters enthalten. Daran schließt sich ein freies Feld an, in das der Stimmberechtigte einen anderen Anwärter eintragen kann, wenn er keinen der vorgeschlagenen seine Stimme geben will. Die Wahlen für die Stimmzettel müssen unbedingt stattfinden, d. h. das vom Stimmberichterstatter auf den Stimmzetteln gesetzte Stimmzeichen darf durch den Umschlag nicht erkennbar sein, wenn man den Umschlag gegen das Licht hält.

Der Reichsinnenminister trifft weitere Anordnungen zur Auslegung der Stimmzettel zwecks Nachprüfung. Er weist dabei vor allem darauf hin, daß bei den letzten Reichswahlen zahlreiche Wahlvorschläge erhoben worden sind. Er zählt die einzelnen Verstöße noch einmal auf und bittet die Länderregierungen, dafür zu sorgen, daß solche Verstöße künftig unterbleiben. Es handelt sich dabei vor allem darum, daß im Abstimmungsraum Plakate oder Aufrufe der einzelnen Parteien aufgestellt werden. Die Stimmzettel müssen alle zugelassenen Wahlvorschläge mit Vor- und Zusamenstand oder Beruf und Wohnort des Anwärters enthalten. Daran schließt sich ein freies Feld an, in das der Stimmberichterstatter einen anderen Anwärter eintragen kann, wenn er keinen der vorgeschlagenen seine Stimme geben will. Die Wahlen für die Stimmzettel müssen unbedingt stattfinden, d. h. das vom Stimmberichterstatter auf den Stimmzetteln gesetzte Stimmzeichen darf durch den Umschlag nicht erkennbar sein, wenn man den Umschlag gegen das Licht hält.

Der Minister weist ferner darauf hin, daß die Eintragung in den Stimmzettel in einem Nebenraum oder an einem gegen Sicht geschützten Nebenstück gelassen muß. Auch bei Abzug der Stimmberichterstatter ist es verboten, daß eine Abstimmungsstelle oder ein Nebenraum von mehreren Stimmberichterstattern gleichzeitig benutzt wird.

Zu der Frage der getrennten Wahl nach Geschlechtern erklärte der Minister, daß bei kleinen Stimmberichterstattern die getrennte Stimmabgabe nicht unbedenklich sei, da sie das Wahlgeheimnis gefährden könnte. Eine Trennung der Stimmberichterstatter nach Geschlechtern könne nur in solchen Gemeinden vorgenommen werden, wo durch die Größe der Stimmbezirke die Gefährdung der Geheimhaltung der Wahl ausgeschlossen ist.

Über die Abstimmungszeit gibt der Reichsinnenminister bekannt, daß in Stimmbezirken mit weniger als 1000 Einwohnern, eine kürzere, jedoch mindestens lebenslange Abstimmungszeit festgesetzt werden kann. Diese Frist darf aber nicht später als 11 Uhr vormittags beginnen und darf nicht vor vier Uhr nachmittags schließen. Reichswahlleiter ist der Präsident des Statistischen Reichsamts, Professor Dr. Wagemann, Berlin W. 15, Kurfürstendamm 183/94, Telefon: Biomarck 7613.

Bierkrieg zwischen Reichsregierung und Gastwirten

TL Berlin, 27. Februar.

Die Verhandlungen des Reichsinnenministers mit den Vertretern des Gastwirtschaftsverbandes sind am Sonnabendmittag abgebrochen worden. Es darf als sicher angenommen werden, daß die Reichsregierung von ihrer Absicht, bei einem Anderau des Bierstreits die bereits beschlossene Biersteuerentlastung rückgängig zu machen, nicht absehen wird.

Der Sächsische Gastwirtschaftsverband hat an die Reichsregierung ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, daß nach Pressemeldungen die Reichsregierung beabsichtigt, die Berliner Gastwirte durch Juridizierung der zugelagerten Biersteuerentlastung zur Beendigung des Streits bis Montag zu zwingen. In dem Telegramm wird weiter zum Ausdruck gebracht, daß die Gastwirte Sachsen hinter ihren Berliner Kollegen ständen und daß der Bierstreit in Sachsen unvermeidlich wäre, wenn die Regierung die Steuerentlastung zurücknimmt, um dadurch einen Druck auf die Gastwirte auszuüben.

Raust landwirtschaftliche Erzeugnisse in eurem Konsumverein

Bauer wach auf!

Von Willi Christoph

Arbeiter und die Bauern tätigen Schaffens gehören in eine Front. Wer ist der Hauptkonsument unserer bauerlichen Erzeugnisse? Die große Masse der deutschen Arbeiterschaft. Jeder Bauer weiß heute, daß ihm der feine Gaumen der oberen Zehntausend wenig einbringen kann. Deshalb wird er Einkehr mit sich selber halten und Freund der großen Masse unseres Volkes, der Arbeiterschaft, werden.

Diesen Weg haben fortschrittliche Bauern der Niederlausitz, die sich zu den Zielen der Arbeiterschaft bekennen, seit einiger Zeit beschritten. Sie haben sich zusammengefunden, gemäß dem Vorbild der Arbeiterschaft und haben sich eine Organisation geschaffen. Sie haben erkannt, daß der Wert des einzelnen nichts ist, sondern die wirtschaftliche Stärke in der organisierten Masse liegt. In Potsdam und Bauern in der Niederlausitz gründeten 1930 die Landwirtschaftliche Umschlagsgenossenschaft der Bauern und Pächter. Sie haben den direkten Weg zur großen Masse der Arbeiterschaft gesucht und gefunden.

Sie liefern ihre Erzeugnisse nur an Konsumvereine.

Vor zwei Jahren wurden die ersten Geschäfte, unter anderem mit dem Konsumverein Leipzig-Plagwitz, getätigt. Heute führt der Weg über die EGK. Mancher Arbeiter als Genossenschaftler wird diese Maßnahme begrüßen, zumal Produkte in seine Hand gelangen, die er von befreundeter Seite gefertigt erhält. Ein Klassengenossen bedient den anderen in Freundschaft und Solidarität. Dabei bringen sich beide Parteien großes Verständnis entgegen. Die wirtschaftlich starken Konsumvereine fördern die Freunde vom Lande nach bestem Können. Die Arbeitsbauern suchen den Wünschen der Arbeiterschaft als Verbraucher gerecht zu werden und ihnen für ihre sauren Grätschen eine gute und reelle Ware zu geben.

Deshalb Arbeiter und Arbeiterfrauen, seid diszipliniert und lauft auch euer Gemüse in eurem Konsumverein.

Helft Freunden vom platten Lande, helft Freunde und Frei-

hänger der Arbeiterbewegung auf dem agrarischen Neuland zu erringen. In der Zusammenarbeit der Freunde vom Lande und der Verbraucherschaft hat sich zwischen der Genossenschaft eine fördernde Zusammenarbeit herausgebildet. Gewerkschaftsvertretern hat man Sitz und Stimme im Vorstand eingeräumt, um die Wünsche der Verbraucherschaft zu berücksichtigen und sie in die Tat umzusetzen. Die jungen Genossenschaften in der Arbeiterbewegung fühlen sich geboren. Sie haben jetzt genüge Garantien für den Ertrag ihres Schaffens in der Hand. Der Absatz ihrer Erzeugnisse ist in gewissem Grade gesichert, da sie den Auswirkungen und Fährten der bisherigen kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr unterliegen. Sie erhalten eine bessere Entlohnung, da ihnen die kapitalistische Wirtschaft nicht mehr den Lohn ihrer Arbeit wegnehmen kann. Aber auch der Verbraucher hat den Vorteil, daß er durch diesen direkten und kurzen Weg gute Ware billiger in die Hand bekommt. Es ist also allen Teilen geholfen. Die Arbeit ist noch sauer, der Anfang schwer; aber auch dieser Weg muß fortgelebt werden, bis er zu einer neuen Macht als Wirtschaftsfaktor der Arbeiterbewegung geworden ist. Klein die Anfänge, kleiniger Weg, das ist Arbeiterart und Schaffen.

Eine Wege steht aber über die übrige Bauernschaft, die heute noch abseits von diesem Wege steht, aus vorstehenden Ausführungen ziehen. Sie sollte aus eigenem Interesse Wege einschlagen, die ebenso zu einer Verständigung mit der Arbeiterschaft führen. Nicht Hof und Zwieträger gegen die Arbeiterklasse kann ihr Los erleichtern. Jeder einsichtige Bauer sollte sich überlegen, welch faires Spiel er mit sich selber treibt, wenn er der Nazipartei Gesellschaft leistet. Er treibt damit Wrod an seiner eigenen Existenz; denn eine vereidete Arbeiterschaft hat einen bankrotten Bauernstand zur Folge. Welcher Bauer will das heute noch bestreiten? Deshalb Bauern, weist euren Hintersinn die Tür! Ihr, die Ihr real denken könnet, bestimmt euch noch rechtzeitig und geht Wege der Verständigung und des wirtschaftlichen Aufbaues.

Der deutsche Arbeitssauer muß wissen, wo er hingehört. Dem Krautjunker und Ritter von Ar und Halm hat er endlich seine hundische Gesellschaft zu versagen.

Klassenbewußte Bauern und Klassenbewußte Arbeiter daher in eine Front!

Waffenlieferant der Nazis erwischen

SPD Worms, 27. Februar.

Die Landeskriminalpolizei gibt bekannt, daß der Uhrmacher Alfred Haas in Ostholzen bei Worms, der seit 1930 einen Handel mit Waffen betreibt, in letzter Zeit mehr als 100 Pistolen bezogen und gefälschlich an Nazis abgesetzt hat.

Schon seit einiger Zeit liegen gewisse Vorfälle auf ungeheilichen Waffenhandel größerem Umfang schliefen. Über erst ein Einzelfall lenkte die Aufmerksamkeit auf Haas. Eine Durchsuchung seiner Wohnung und Geschäftsräume, eine Prüfung seiner Bücher und Rückfragen bei den Lieferungsfirmen führten zu dem vorläufigen Ergebnis, daß 50 Abnehmer, darunter 5 Großabnehmer, festgestellt und überführt werden konnten. Es wurden bei ihnen etwa 50 Pistolen und mehr als 1000 Schuß Munition gefunden und beschlagnahmt. Zur Durchführung der Ermittlungen wurden, da die Abnehmer teilweise bei Durchsuchungen und Ausgrabungen Widerstand leisteten, zahlreiche Personen festgenommen. Die Großabnehmer sind in Worms, Westhofen und Gau-Obernhelm ausfindig gemacht worden. Die Einzelabnehmer, sämtlich Mitglieder der Hitlerpartei, darunter einige SA-Führer und SA-Leute, wohnen in 12 verschiedenen Orten Rheinhessen, ferner in Ludwigshafen, Hockenheim a. d. Bergstraße und Frankfurt a. M.

Kommunistische Pleite in Hannover

Aus Hannover berichtet der Soz. Pressedienst: Die Hannoversche KPD ist im unaushaltbaren Niedergang begriffen, den auch alle Moskauer Subventionen nicht aufhalten können. Ihre heilsame Parteihaus am Klagespark ist vor einiger Zeit verfügt worden, und dort, wo sich einst die kommunistische Buchhandlung befand, ist jetzt ein Gemüseladen aufgemacht worden. Auch in die Versammlungen der KPD kommt niemand mehr. So waren am Dienstag zu einer öffentlichen Jugendbewerbsausstellung in einem Arbeiterviertel vier Teilnehmer erschienen. Am Mittwoch und Donnerstag mukten zwei öffentliche "Massenversammlungen" in Arbeitervierteln wegen Mangels an Masse ausfallen. Die hannoverschen Arbeiter wollen eben nichts von den Moskau-Jungern wissen.

Flucht vor Dingelden

TL Gelsenkirchen, 28. Februar.

Die Vertretertagung der DVP, Gau Gelsenkirchen-Buer-Horst, nahm am Sonntag zu den Schwierigkeiten innerhalb der DVP Stellung. Der Gauvorsitzende, Bergassessor und Generaldirektor Husek, der bis zum Jahr 1930 auch Reichstagsabgeordneter war, brachte in der Versammlung zum Ausdruck, daß er mit der neuen Haltung der Partei nicht einverstanden sei. Er habe seine Aufsicht auch in einem Brief dem Parteivorsitzenden Dingelden mitgeteilt.

Husek teilte dann mit, daß er mit dem heutigen Tage seine sämtlichen Parteiämter zur Verfügung stelle und aus der Partei ausscheide.

"Das andere Deutschland" verboten

TL Berlin, 27. Februar.

Die pazifistische Wochenschrift "Das andere Deutschland" ist vom Polizeipräsidenten wegen eines Artikels über die Veröffentlichungen des "Echo de Paris" in der Angelegenheit Kreiser und von Oskar Leis zum 26. Mai verboten worden.

Amtlich wird dazu mitgeteilt: "Das Echo de Paris" hat mehrere Artikel über die Verhandlungen des Reichsgerichts gegen Kreiser und von Oskar Leis gebracht, die in wesentlichen Teilen falsch sind. So sind die Aussagen der Sachverständigen des Reichsverkehrsministeriums und des Reichswehrministeriums zu durchsichtigen Propagandawörtern verfälscht und es sind den beiden Herren Aussagen untergeschoben worden, die sie nie getan haben. Kreiser sind die wesentlichen Teile des Urteilsbegründung falsch wiedergegeben. Auf Einzelheiten einzugehen, verbietet die gesetzliche Schweigepflicht."

Blutige Zusammenstöße

SPD Neumarkt, 20. Februar.

In Buenos-Aires kam es bei einer Straßendemonstration zwischen feindlichen Parteigruppen vor dem Zeitungsgebäude der Granda zu blutigen Kämpfen. 3 Mitglieder der radikalen Partei wurden getötet, 50 Personen wurden verwundet. Die Demonstranten gaben an, aus dem Zeitungsgebäude heraus beschossen worden zu sein. Der gesamte Redaktionstab der Granda wurde verhaftet.

Brotpreiserhöhung verboten

SPD Berlin, 29. Februar.

Reichskommissar Dr. Goerdeler hat am Sonntag eine Verordnung erlassen, durch die bestimmt wird, daß der Brotpreis nicht die Höhe der letzten Woche überschreiten darf. Die Verordnung ist mit ihrer Bekanntgabe durch den Rundfunk bereits in Kraft getreten.

Goerdeler beruft sich in seiner Anordnung auf die Entwicklung des Roggenmarktes und die sich daraus ergebende rücksichtige Bewegung am Roggenmehlmarkt, ferner auf die zur Beeinflussung der Marktlage für Roggen und Roggenmehl getroffenen Maßnahmen. Mit diesen Maßnahmen ist gemeint, daß die Regierung aus den verfügbaren Beständen genügende Mengen zur Versorgung stellen will, um den Preis zu beeinflussen.

Der Preiskommissar droht für den Fall von Zuwerbungslösungen Geldstrafen an und weist darauf hin, daß er außerdem befugt sei, bei Verstößen gegen seine Anordnung Betriebe zu schließen.

Der Zweckverband der Berliner Bäckermeister veröffentlichte noch am Sonntagabend eine Erklärung zu dem Erlass Goerdeler, in der es heißt, daß die Notverordnung einen brutalen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht und eine Vergewaltigung bedeute. Immerhin würden sich die Bäckermeister dem Machtdiktat fügen, um nicht nach der berechtigten Erhöhung des Brotpreises ihre Betriebe durch Schließung der Geschäfte zu gefährden.

Große Schlacht vor Shanghai

SPD Shanghai, 29. Februar.

Heute vormittag haben die Japaner einen Durchbruchversuch an der Tschiapéfront begonnen. Nach mehrstündigem Artillerievorbereitung setzte sich um 9.30 Uhr die japanische Infanterie, unterstützt von Tanks und von dem Schnellfeuer der Artillerie und der Bombenangreifer der Flugzeuge, in Bewegung. Während die Internationale Niederlassung, die in strahlendem Sonnenchein gebadet ist, äußerlich ein verhältnismäßig ruhiges Bild darbot, ist die Luft erfüllt von dem Knattern der Maschinengewehre und dem Donnen der Geschütze. Trotz der heftigen Kanonade und der ständigen Bombenabwürfe aus der Luft halten die chinesischen Truppen tapfer stand und antworten mit Granaten und Maschinengewehren. Einige hechte Leute springen auch aus der Deckung hervor, laufen vorwärts und werfen Handgranaten gegen die anrollenden japanischen Tanks. Gegenwärtig steht die Schlacht in voller Stärke.

Der heutige Tag war gekennzeichnet durch die völlige Niedergang Riangwan seitens der Chinesen und durch einen neuen japanischen Angriff auf den Flugplatz Shanghai. In den Straßen wurden 1800 tote Zivilpersonen gezählt, während die Ruinen der einstmaligen Stadt zweitlos noch Hunderte von Toten bergen. Der Verhengeruch macht es den Chinesen unmöglich, in der Stadt zu bleiben. Die dauernden Angriffe der japanischen Artillerie und der japanischen Flugzeuge verhindern eine Beerdigung der Toten. Die chinesischen Truppen haben nunmehr eine Linie von Schülengräben unmittelbar westlich von Riangwan eingenommen. Ab dieser neuen Front kam es nachmittags zu Kampf, doch behaupten die Chinesen ihre neuen Stellungen. Heute vormittag zerstörten drei japanische Bomberflugzeuge den ganzen Flugplatz. Der dem Marshall Tschangkaischih gehörende Privatflugplatz soll gleichfalls völlig zerstört worden sein.

Faschistischer Staatsstreich in Finnland?

SPD Helsinki, 29. Februar.

Am Sonnabend haben in dem 70 Kilometer von Helsinki entfernt liegenden Ort Cholola 400 bewaffnete Faschisten das sozialistische Arbeiterheim umstellt und besetzt. Die Polizei, die in Stärke von 50 Mann anrückte, war vollkommen machtlos. Am Sonntag sind 4000 bewaffnete Faschisten in dem Kirchdorf Mantala, das 10 Kilometer von Cholola entfernt liegt, eingetroffen. Sie haben die Landstraßen besetzt und den Kriegszustand erklärt. Der faschistische Kämmerer Wallenius ist nach Mantala, der Führer Rosola nach Hemeenlinna abgereist. Beide Orte bilden den Sammelplatz für 20 000 Faschisten, die nach Helsinki marschieren wollen. Die Faschisten haben zugleich den Rücktritt der Regierung verlangt. Das Militär und die Polizei befinden sich in Alarmbereitschaft. Die Referenten und Urlauber wurden einberufen. Es wird ein Umturz befürchtet. Die Lage ist völlig ungelöst.

Berantwortlich für den revolutionären Teil: Kurt Winteler in Leipzig. Verantwortlich für den Intellektuellen Teil: Hugo Schönland in Leipzig. Druck und Verlag: Leipzig

Geschäftsübernahme! Zwenkau!

Der verehrten Einwohnerschaft von Zwenkau zur gesell. Kenntnis, daß ich das

Frisiergeschäft des Herrn Willy Hänle

mit dem heutigen Tage übernommen habe und bitte, das ihm entgegengebrachte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Zwenkau, Leipziger Straße 71 Otto Friedrich
am 1. März 1932

Mit dem heutigen Tage übernimmt Herr Otto Friedrich das bisher von mir betriebene Frisiergeschäft. Ich danke für das mir erwiesene Vertrauen und bitte das auch auf meinen Nachfolger zu übertragen. WILLY HÄNLE

Bund sozialistischer Freidenker Bezirk Leipzig



Anschrift: WALTER LIST, Leipzig C 1, Fuchshainer Straße 4, pt. I.
Telephon: 67150

Veranstaltungen im März 1932:

Leipzig-West: Freitag, 4. März, 20 Uhr, im Felsenfeller Theaterabend, zur Aufführung geladen: „Die Matrosen von Cattaro“. — Sonntag, 20. März, norm. 10 Uhr, Vortrag im Physikalischen Institut, Linndstraße 5. Herr Dr. R. Sängermann vorliest über: Neue Forschungsergebnisse in Physik und Technik.

Engelsdorf: Sonnabend, 5. März, 10 Uhr, in der Schule des Deutschen Bildervortrags des Genossen Dr. Hans Beder über: Naturforschungsparade in Amerika. Eintritt 20 Pfsg.. Unterhaltungsmömländer und Jugend frei. Die Einnahme wird den Arbeiterwohlfahrt übertragen.

Leipzig-Südost: Sonnabend, 6. März, Bunter Abend, veranstaltet von der Arbeitsgemeinschaft der sozialistischen Organisationen L.-Südost, im Löwendorf. Eintritt 17 Uhr, Beginn 18 Uhr. — Sonntag, 20. März, 10 Uhr, Vortrag im Löwendorf, anlässlich der an diesem Tage stattfindenden Jugendweihen „Freigießende Feierstunde“. Eintritt frei.

Kleinzschocher: Freitag, 11. März, 20 Uhr, in Löwendorfsaal Versammlung mit Vortrag des Gen. Max über: „Kreis und quer durch den Hexenkessel Europa“. — Sonntag, 20. März, 10 Uhr, Experimentalvortrag im Physikalischen Institut, Karten zu 80 Pf. bei den Unterhaltsmeistern — Freitag, 25. März, Theaterabend. „Der Me. Ich steht auf.“

Paunsdorf: Montag, 14. März, 20 Uhr, im Gutspark Mitgliederversammlung mit Bildervortrag des Gen. K. Braune: „Vom Tier zum Menschen“.

Leipzig-Ost: Mittwoch, 16. März, 20 Uhr, in den Reichshallen Bildervortrag des Genossen Dr. Beder: „Aus den Naturforschungsparaden von Amerika“. — Mittwoch, 30. März, 10 Uhr, Besichtigung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz (Näheres siehe Handzettel).

Leipzig-Süd: Mittwoch, 16. März, 20 Uhr, in der Goldenen Krone Jugendfeier (Mandolinenkonzert, Restitutionen). — Montag, 7. März, Funktionärstag in Stadt Borna.

Oetzsch-Gautzsch-Zsäßigkera: Mittwoch, 16. März, 20 Uhr, im Mittelouest-Denkmal-Mitgliederversammlung. Genosse Enno Nartzen spricht über: „Der Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren“.

Eutritzschen: Freitag, 18. März, 20 Uhr, im Restaurant Feldschlößchen Verlammung. Vortrag des Gen. Enno Nartzen über: „Der Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren“. Erstehen aller ist Pflicht.

Wiederitzsch: Sonntag, 20. März, 20 Uhr, findet im Neuen Gasthof die Jugendweihe statt.

Lützscheno: Sonntag, 20. März, norm. 10 Uhr, im Volkshaus Lützscheno Jugendweihe. Wir bitten die Mitglieder, für einen guten Aufenthalt besorgt zu sein.

Alt-Leipzig: Montag, 21. März, 20 Uhr, im Volkshaus Mitgliederversammlung mit Bildervortrag des Herrn cand. phil. K. Müller. „In der Wiege der Kultur“ (II. Teil). — Mittwoch, 2. März, 20 Uhr, im Volkshaus Funktionärstag.

Stünz-Mölkau: Montag, 21. März, 20 Uhr, im Gathof Mölkau öffentliche Versammlung. Genosse Dr. Erich Seigner spricht über: „Kirche und Katholizismus“.

Schönefeld: Dienstag, 22. März, 19.30 Uhr, im Rathausaal Schönefeld Mitgliederversammlung. Bunter Abend mit Jugendfeier. Alle Jugendwehler sind herzlich eingeladen.

Bezirkser: Mittwoch, 23. März, 19.30 Uhr, im Gartencafé des Volkshauses Funktionärerversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag, 2. Organisatorisches, 3. Verschiedenes.

Neue Feuerbestattungskasse organisierter Freidenker Leipzig e.V.

Bezirk Leipzig

Anschrift: KURT WITTIG, Leipzig 028, Karl-Härtig-Straße 8, III.

Sie Frühjahrsreinigung

sparen Sie
durch Verwendung guter
GEG-Reinigungsmittel

GEG-Mop mit Stiel	2.60
GEG-Moppolitur	Flasche 0.50
GEG-Borstenhobeleger	1.10
GEG-Rohhaarhandbeger	1.50 1.35
GEG-Rohhaarkehrbein 3.00 2.70 2.30 1.85	
GEG-Plastabebesen	2.00 1.00 0.90 0.65
GEG-Haushaltberñeise, 500 g	0.25
GEG-Oberschälfseife, 1000 g	0.50
GEG-Rinu	Paket 0.22
GEG-Scheuerlicher	0.35 0.27 0.20

GEG-Scheuerstuch „Frauentuch“
mit doppelseitigem, in Reine und Schuh der
Rückseite Mittelfleck

nur 0.40
GEG-Famos 0.62
800-Gramm-Paket



Konsumverein

Leipzig-Plagwitz und Umg., e. G. m. b. H.

Ausgabe nur an Mitglieder / Bitte grüne Ausweisstücke mitbringen

Wir empfehlen als passendes Geschenk:

Die Front im Wanken

von Artur Heimburger

In Ganzeinen geb., statt 4 Mark

nur 2 Mark

Der Roman „Die Front im Wanken“ ist bei aller Schwere der geschilderten Ereignisse ein optimistisches Buch! Es endet mit proletarischer Zuversicht und einem Bekennnis zum Kampfen. Niemand wird bestreiten, daß ein Vorzug eines Kriegsbuches ist in einer Zeit, wo uns nicht nur die Schatten der Vergangenheit, sondern mit ihnen die Nöte der Gegenwart schlimmer als je bedrücken.

Zu beziehen durch:

Leipziger Buchdruckerei AG, Abt. Buchhandlung
Leipzig, Tauchaer Straße 19-21

Billig und gesund leben
durch Fischkost!



Unsere prachtvollen Qualitätsfische werben uns täglich viele neue Kunden. In dieser Woche:

Seelachs 3 Pfd. 55-

Im Anschlitt .. Riesenfutturen erwarten wir in feinstem

Kabeljau 3 Pfd. 60-

Im Anschlitt .. Immer noch der bekannteste und beliebteste Seeisch ist

Schellfisch 3 Pfd. 1.-

Im Anschlitt .. Täglich frisch geschnitten wird unser feines

Fischfilet 3 Pfd. 1.-

Grüne Heringe Pfund 15-

Fettschotten Taf. u. voll 10 Stück 48-

Stellenangebote

Versetzte Maschinenzurichter

Setzt sofort ein

Kurt Wachtel A.G.

Taucha

Verkäufe

Ebenso wie vor dem
Kriege kaufen Sie
jetzt

Mahanzige
Ulster, Paletots, von
Herrschaffen wenig
getragen und neu
sowie Ledergarderobe

Hosen
Damen-
garderobe

kaumend billig, *

im Etagen-Geldkäst

Josef Dencaner,

Brühl 35, 1. Etage.

Gebetbetten 15.-
Bettt-Intlett .. 2.-
Bettkälje .. 1.-
Etagengeschäft
Mand,
Klohaartenstr. 29.

Rinderwagen

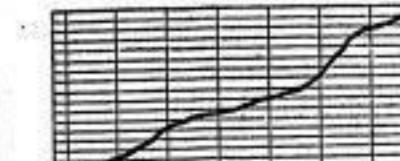
Wer-Verlauf!

zu billigen
Sonderpreisen!

Einzelne Modelle
bis 50% ermäßigt.

Nur solange Vorrat!!

Ende, Elsterstr. 9.



Sorgen Sie durch täglichen Genuss von „Röstritzer Schwarzbier“, daß Sie zu denen gehören, die bis ins hohe Alter schaffensfrisch und kräftig bleiben. Es gibt kein gesünderes Getränk als dieses alkoholarme, extra kräutig wälzige. Von Tausenden von Menschen immer wieder bevorzogen. Röstritzer Schwarzbier ist mehr als ein wohl schmeckendes Getränk, es ist ein wertvolles Nahrungsmitel und schafft gesundes Blut. Es ist erhablich in den Bierhandlungen und Lebensmittelgeschäften.

27 50
oder
37.-

kostet ein Anzug oder Mantel aus ihrem Stoff und uns guten Zutaten.

Zierer a. Hauptbahnh. Wintergartenstr. 4.

1932

W

Der Weg

lehnt sich: Bringen Sie uns Ihren Stoff zu einem modernen

H. W. Anzug

zu M. 27.50 od. 37.-

Fa. H. WEIGLER

Johobstraße 6.

Brand- und

Gefälligkeits - Anlage

verleiht billig

Berliner Str. 6, I.

Umzug mit

Schnellahl-

Wagen billig:

1. Zimmer 5,- * an

2. Zimmer 10,- * an

3. Zimmer 15,- * an

Wiederhall nach km.

Telephone 43191.

Vermietungen

Ihr Anzug

wird „wie neu“ ge-

reinigt, gebügelt f.

4.50 Abhol. u. Zul.

frei, Post, genötig.

Reinigung „Undine“

L-Öhlitz, Borchardstr. 5

Weidlichtr. 1, 1, 1.

Wer **sparen** will

läßt chemisch reinigen, auf- oder umfärben zu ermäßigten

Preisen bei Färberei

Suckner

Läden u. Annahmestellen in allen

Stadtteilen

und in ganz Mitteldeutschland

Rampf für Demokratie und Republik

Der Bezirksparteitag der SPD billigt die Taktik des Parteivorstandes

In einer Zeit größter politischer Hochspannung, unmittelbar vor schwerwiegenden Entscheidungen, die von lebenswichtiger Bedeutung für das Schicksal der deutschen Republikaner und damit der gesamten Arbeiterschaft sind, stand, von prächtiger Kampftummlung getragen, am 27. Februar 1932 der ordentliche Parteitag des Bezirks Leipzig der SPD statt.

Nach kurzen Begrüßungsworten ergriff Genosse Lipinski das Wort zum Referat über

Die politische Situation

Als die Arbeiterschaft 1918 Einfluss auf den neuen Staat gewann, war sie nur stark genug, die politische, nicht aber auch die soziale Demokratie zu erobern. Trotzdem stellte der neue Staat im Gegensatz zur Monarchie den Arbeiter in den Mittelpunkt der Rechtsgestaltung. Noch bis zum Ende des vergangenen Jahres hat der neue Staat jährlich fünfzehnmal so viel finanziell für die Arbeiterschaft geleistet als vorher der alte versunkene monarchistische Staat. Der Gegenangriff des Unternehmers galt im Kernpunkt diesen Fragen der Sozialpolitik und Sozialversicherung. Die gewaltige Wirtschaftskrise hat hier einen günstigen Kampfboden für die Reaktion geschaffen. Großindustrielle und ihre Verbündeten, die Nationalsozialisten, gingen in diesem Kampf hand in Hand vor. In diesem Klingen, das in einzelnen Stufen auch im Parlament ausgezogen wurde, blühteten die Nationalsozialisten wiederholt aus dem Reichstag, zuletzt am 28. Februar 1932. Es fehlte ihnen der Mut bei der entschuldenden Abstimmung über die Einstellung der Zahlung von Tributaten an das Ausland.

Republik oder Drittes Reich?

Die Grundlinie aller nationalsozialistischen Reichstagsreden der letzten Tage war: Die Reichspräsidentenwahl soll den Nationalsozialisten die langersehnte Gelegenheit zur Machtgreifung geben! Die innerpolitischen Fronten sind also in jeder Beziehung abgestellt. Schon die Harzburger Tagung hat gezeigt, welche Stärke die Front der Reaktion repräsentiert. Diese Front ist deswegen so stark, weil das in sich selbst gesetzte Bürgertum in immer größeren Scharen zu den Nazis flüchtete.

Die Suggestionskraft der Nationalsozialisten hat die Zahl ihrer Anhänger unglaublich gestärkt. Die Elterne Front hat nun die Aufgabe, die Front des Gegenangriffes mit noch größerer Suggestionskraft zu formieren. Ihre Aufmärsche haben gezeigt, daß man überall den Ernst der Situation erkannt hat.

Es geht bei den kommenden Entscheidungen nicht um einzelne Personen, nicht um Angelegenheiten von minderer Bedeutung, es geht wirklich um das Ganze! Es geht um Republik oder Drittes Reich!

Die Entscheidung der Sozialdemokratie

Die letzten Auseinandersetzungen im Reichstag zeigen deutlich, daß Brüning zwar nicht endgültig sich gegen eine Rechtsregierung gewendet hat. Brüning hat aber erklärt, daß er für seine Partei nicht in eine Rechtsregierung eintreten würde und das Zentrum hat seine Stellungnahme gebilligt. Damit schlug das Kabinett nach links aus. Die Sozialdemokratie stand vor der Frage, ob durch ihr Verhalten den Faschisten die Wege zur Macht geöffnet werden sollten. Bis gestern zum Freitag hatte die Sozialdemokratie offiziell keine Lösung ausgesetzt, weil die klare Gefechtslage vorher nicht zu erkennen war. Der Parteiausschluß stand vor der Frage, ob man für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl den Genossen Otto Braun als Kandidaten nominieren sollte. Ein wichtiger Grund sprach dagegen. Wäre dies geschehen, bestand die Gefahr, daß für den Fall, daß Otto Braun beim ersten Wahlgang weniger Stimmen erhalten würde als 1925, eine ungünstige Stimmung für die bevorstehenden wichtigen Wahlkämpfe in Preußen und anderen Ländern entstehen würde. Aus diesem wichtigen Grunde hat man neben anderen Motiven von einer Kandidatur des Genossen Braun abgesehen und sich für eine Unterstützung der Kandidatur Hindenburg entschieden. Auf diesem Wege kann man mit einiger Sicherheit hoffen, daß der faschistische Angriff bereits im ersten Wahlgang abgeschlagen werden kann. Der Entschluß, Hindenburg zu unterstützen, ist nicht leicht gefallen, da wir mit Hindenburgs Politik in vielem nicht einverstanden sind.

Seine Kandidatur ist aber, darüber besteht kein Zweifel, eine erhebliche Garantie dafür, daß Herr Hitler am 13. März nicht an die Macht kommt! Zu dieser Aussicht mußten wir uns um so mehr kommen, als ja die Kommunisten und die SPDe durch ihre Thälmann-Kandidatur für die kommenden Entscheidungen von vornherein die Macht der Arbeiterschaft verengerten.

SPD fordert Arbeitsbeschaffung

Die Sozialdemokratie ist aber auch deswegen zu ihrer Entscheidung gelangt, weil es unbedingt notwendig ist, das Vertrauen, das Hindenburg zweifelsohne im Ausland besitzt, für die Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft mit Hilfe von Auslandsgeldern nutzbar zu machen. Die Sozialdemokratie hat aber auch aus eigener Initiative, wie die Reichstagsabreiche verlauten, mit einer außerordentlich umfangreichen Aktion zur Ermöglichung der Voraussetzungen für Arbeitsbeschaffung und Linderung der Wirtschaftskrise begonnen. Ob die in den sozialdemokratischen Anträgen geforderten Bestrebungen Erfolg haben werden, ob unter weiteren Absichten, die in der Richtung auf eine sozialistische Planwirtschaft gehen, verwirklicht werden, hängt aber nicht zum wenigsten vom Ausfall der Reichspräsidentenwahl ab.

Eine Schwierigkeit bestand nur für uns zweifelsohne im Großen-Eckel! Dr. Brüning hat aber auf den Wunsch und die klare Kritik der Sozialdemokratien hin erklärt, daß der Eckel sofort zurückgesogen wird, sobald sich die Voraussetzungen bezüglich der "Legitimität" der Nazis ändern sollten. Trotzdem dadurch alle unsere Bedenken noch nicht beseitigt wurden, haben wir uns gezeigt, daß wir der Grüner-Eckelklärung wegen nicht Hitler an die Macht lassen dürfen. (Justierung.) Denn die Nationalsozialisten haben mehrfach betont, daß für sie das Jahr 1932 das Jahr der Machtgewinnung sein soll und daß sie in den nächsten Monaten das Dritte Reich endlich erklämpfen wollen. Demgegenüber erklärt die Sozialdemokratie: Jawohl, auch wir sehen das Jahr 1932 als das Jahr der Entscheidungen an! Auch wir wissen, welche Bedeutung die Reichspräsidentenwahl, die Preußenwahlen und die Gemeindewahlen im Herbst haben.

Klare Wahlen für kommende Entscheidungen

Gedanke darum ist sich aber auch die Sozialdemokratie völlig darüber im Klaren, daß es gilt, mit aller Macht einen Sieg Hitlers zu verhindern. Die Fragestellung lautet:

Siegt Hitler am 13. März, liegt der Faschismus in Deutschland, dann ist es mit der deutschen Republik und der deutschen Demokratie zu Ende! Siegt Hitler, dann bedeutet das einen Vernichtungskampf gegen die moderne Arbeiterschaft und alle Errungenheiten des Sozialismus!

Wenn wir aber das wissen, wäre es dann nicht kompletter Wahnsinn, wäre es nicht geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterschaft, wenn wir mit offenen Augen in unser Unglück gingen, wenn wir durch unsere Schuld Hitler zur Macht verhelfen würden?!

Aus diesem Unrat hat die Sozialdemokratie für die kommenden Entscheidungen ganz klare Wahlen ausgesetzt! Aus diesen Gründen werden wir mit aller Macht und aller Energie eintreten für die Demokratie und für die Republik! Wir wollen und wir werden den Faschismus schlagen! Wir wollen und wir werden Hitler besiegen, weil wir die Bahn freimachen wollen für eine Entwicklung zu sozialem Fortschritt und zum Sozialismus! (Beifall.)

Die Aussprache

Genosse Starmann-Hunger: Eines der brennendsten Probleme, das besonders die sächsische Arbeiterschaft interessiert, ist die Frage der Gemeinde-Wohlfahrtskosten. Die Verteilung des 80-Millionen-Fonds zur Unterstützung notleidender Gemeinden ist trotz der Bemühungen der Sozialdemokratie nicht so ausgelaufen, wie wir es in Sachsen hofften.

Der Reaktionär Dr. Goerdeler erstrebt nun eine Vereinheitlichung der Arbeitslosenfürsorge, die eine Zerstreuung der Arbeitslosenversicherung bedeuten würde. Das Ergebnis wäre eine weitere Senkung des Gesamtniveaus der Arbeitslosen!

Daneben gibt es noch eine Reihe weiterer gefährlicher Pläne. Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften haben Herrn Brüning erklärt, daß sie ein neues Spiel mit der Sozialversicherung keinesfalls dulden werden! (Beifall.)

Genosse Hennicker, Wittenberg: Mit Erstaunen haben wir zur Kenntnis genommen, daß Gustav Rothe den Aufruf des Sächsischen Ausschusses unterschrieben hat. Wir haben weiter zur Kenntnis genommen, welchen Erfolg Herr Grüner herausgebracht hat. Und zum Schluss haben wir noch erfahren, daß Brüning 1918 der Brigade Winterfeld angehört hat. Aus all diesen Gründen habe ich erwartet, daß die Elterne Front einen eigenen Kandidaten aufgestellt hätte.

Genosse Krenzel: Für uns handelt es sich nicht darum, wen wir wählen, sondern für uns lautet die Frage einzig und allein:

Wie schlagen wir die Front des Nazis und der Stahlhelmer? Aus diesem Grunde ist der uns vom Parteivorstand gezeigte

Weg der richtige! (Justierung.)

Gelingt es uns, Hitler am 13. März zu schlagen, ist es ein gewaltiger Erfolg für die Demokratie und die Republik! Nur aus diesem Grunde wählen wir Hindenburg. Wir erklärten hierbei ganz offen, daß nun Hindenburg seit 1925 angenehm und die Rechtsradikale unangenehm enttäuscht hat! (Justierung.)

Die Lage der sächsischen Gemeinden ist trostlos. Viel nötiger als eine Osthilfe, wäre eine Staatshilfe zugunsten der sächsischen Gemeinden.

Wir wenden uns als sozialdemokratische Kommunalpolitiker mit aller Entschiedenheit gegen die Pläne Dr. Goerdelers. Sie bedeuten eine weitere Verelendung der Arbeitslosen und leineßfalls eine Sanierung der Gemeinden.

Die Kampfsatz der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker muß verstärkt werden! "Wir müssen Ihnen lieb den Gemeindewahlkampf im November 1932" (Beifall.)

Genosse Schön: Die Entwicklung seit dem 14. September 1930 hat gezeigt, daß die Taktik der Partei richtig ist. Wie war der Kampfsumut und die Kampftummlung der Partei so gut wie jetzt!

Wenn die Kommunisten mit den Nazis zusammen zum Volksentscheid gehen, brauchen wir uns keine Vorwürfe machen zu lassen, weil wir für Hindenburg eintreten, den die Rechts-

parteien zum alten Eisen geworfen haben. (Beifall.)

Die Arbeiterschaft versteht die Taktik unserer Partei! Siekt Hindenburg, so haben wir dem Faschismus eine schwere Niederlage beigebracht! (Beifall.) Die SSW ist angeblich für die Gewerkschaften, sie fördert aber durch ihre Unterstützung Thälmanns Hitler, der die Gewerkschaften zerstören will. Wo bleibt da die Konsequenz? (Beifall.)

Genosse Gustav Adolf Müller: Die Arbeiterschaft braucht nicht große Teile des Bürgertums zu fragen, welche Wege die Sozialdemokratie zur Überwindung der Wirtschaftskrise verschlägt. Die Reichstagsfraktion hat hier beachtliche Wege gezeigt, wir müssen aber auch dafür sorgen, daß unsere Vorschläge dem gesamten Volke nahegebracht werden! Programme genügen nicht, wir müssen auch die nötige außerparlamentarische Stimmung zu ihrer Durchsetzung schaffen! Das Problem der Mobilisierung der Massen ist von größter Bedeutung! Wir müssen positive und praktische Vorschläge machen, die zu einer Aktivierung der Massen führen! (Beifall.)

Genosse Hennicker, Wittenberg: Ich habe nicht die Unterstützung der Kandidatur Hindenburgs bekämpft. Mit aller Deutlichkeit erkläre ich, daß ich für die Unterstützung Hindenburgs bin. Mir wäre nur ein Kandidat der Elterne Front lieber!

Genosse Saupe: Brüning hat sich nicht geändert seit den Tagen, als er das "Kabinett der Frontkämpfer" bildete. Brüning ist und

bleibt ein konservativer Mann. Für uns war nur die Frage maßgebend, ob wir ihn zu der äußersten Rechten drängen sollen. Das wollten wir unter keinen Umständen! (Justierung.) Hätten wir nicht die Spaltung der Arbeiterschaft, so könnte das Problem der Reichspräsidentenwahl ganz anders! Heute wären beide proletarischen Kandidaten selber nur Jährlingskandidaten! (Justierung.)

Wenn wir im ersten Wahlgang einen eigenen Kandidaten aufstellen würden, müßten wir selbstverständlich auch gegen Hindenburg agitieren. Wenn nur der erste Wahlgang ergebnislos ausgehen würde, sollten wir dann im zweiten Wahlgang unseren Wählern die Stimmabgabe für Hindenburg empfehlen? Wäre nicht dann die psychologische Belastung für unsere Partei viel schwieriger? (Justierung.)

Wir haben die beste Möglichkeit, den Sieg der Faschisten zu verhindern, wenn wir bereits im ersten Wahlgang für Hindenburg stimmen! (Beifall.)

Genosse Koppisch: Wir müssen mit aller Macht dafür eintreten, daß am 13. März kein proletarischer Wähler zu Hause bleibt. Wir müssen für Hindenburg eintreten, weil wir die Demokratie schützen wollen! (Stimmtreiche Justierung.)

In seinem Schlusswort ging Genosse Lipinski ausdrücklich auf die in der Aussprache aufgetretenen Argumente ein und erklärte zusammenfassend unter lebhafter Zustimmung des Bezirksparteitages fest, daß es Pflicht jedes Parteigenossen sei, dafür zu sorgen, daß Hitler schon im ersten Wahlgang besiegt würde.

Kassenbericht

Genosse Schröder stellte einleitend fest, daß der Bezirk Leipzig am Jahresende einen Mitgliederbestand von 44 447 aufzuweisen habe. Es ist also eine Mitgliederzunahme festzustellen. Ebenfalls stieg die Zahl der Ortsgruppen um vier. Sie beträgt jetzt 251. Die finanzielle Situation ist selbstverständlich durch die gewaltige Arbeitslosigkeit stark beeinflußt. Aber durch die Öffentlichen Dienste ist der Bezirk im Mitgliedschaft durchaus gesund. Neben den laufenden Beiträgen haben die außerordentlichen Beiträge der wirtschaftlich bessergestellten Parteigenossen eine erhebliche Rolle gespielt.

Genosse Trotte stellt im Auftrage der Revisoren den Antrag, dem Genossen Schröder die Entlastung zu erteilen. — Genosse Lipinski teilt dann mit, daß insgesamt 214 Delegierte anwesend sind, von denen 101 Stimmrecht haben.

Genosse Bertha Thiel: In der letzten Zeit haben sowohl die Kommunisten als auch die Nationalsozialisten Versuche unternommen, unsere Frauendemokratie zu zerstören. Diese Versuche sind ihnen bisher erfreulicherweise restlos mißlungen! (Beifall.) Wenn wir unsere Frauendemokratie weiter stärken, wird der Erfolg auch weiter unser sein!

Der Entlastungsantrag der Revisoren wird einstimmig angenommen.

Wählen

Genosse Lipinski ist als Bezirksvorsitzender wieder vorgeschlagen. Er dankt all denen, die ihn zu seinem Jubiläum als Bezirksvorsitzender gratuliert haben und betont, daß er ursprünglich bestürzt hatte, zurückzutreten. Da er gebeten worden sei, das nicht zu tun, wolle er nicht "Deserteur" sein und sei bereit, eine Wiederwahl anzunehmen.

Beforderter Dank galt auch dem Genossen Karl Krüger, der nach langer, verdienstvoller Arbeit im Bezirksvorstand sein Amt niedergelegt habe.

Genosse Krüger dankt nochmals dem Genossen Lipinski für seine bisherige legenreiche Tätigkeit im Interesse der Partei. Unter dem spontanen Beifall des Parteitages wird dann Genosse Lipinski einstimmig zum Bezirksvorsitzenden wiedergewählt.

Ebenfalls einstimmig werden folgende Genossen gewählt:

Engerer Bezirksvorstand: Paul Krieg, Bertha Thiel, Gustav Adolf Müller, Gustav Boldt, Richard Koppisch und Hugo Saupe.

Parteiausschuß: Richard Lipinski und Bertha Thiel. Stellvertreter: Hermann Liebmann und Stellvertreterin: Anna Kühn.

Revisoren: Frieda Gründel, Mag. Weisse (Lindenau), Otto Trotte, Albert Lüttich, Alfred Zeller, Richard Borkmann und Otto Röhrlow.

Bezirksbildungsausschuß: Vorsitzender: Albert Zichter.

Bezirksausschuß Arbeitwohlfahrt: Vorsitzender: Richard Böhler. Sekretär: Walter Reich (Leipzig), Ostmar Brennecke (Wurzen), Emma Hempel (Mittweida), Genossin Born (Unterbezirk Döbeln), Kurt Kirbach (Borna), Paul Krieg (Leipzig), Moritz Jahn (Borna).

In seinem Schlusswort weist Genosse Lipinski auf die außerordentlich große Sachlichkeit und fairerhandhafte Art hin, die sich auf dem Bezirksparteitag gezeigt habe. Das sei ein gutes Denken. Er sei zu hoffen, daß die kommenden Entwicklungen einen Erfolg der Sozialdemokratie bringen würde. Der Bezirksparteitag sei einstimmig der Auffassung gewesen, daß die Taktik der Partei richtig sei.

Mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie, in das die Delegierten begeistert einstimmten, und dem gemeinsamen Gesang des Sozialistenmarsches wurde der Parteitag, in dessen Verlauf der Wille zum Kampf und der Glaube an den endgültigen Sieg des Sozialismus so trefflich in Erscheinung trat, geschlossen.

Zugleich vernommenen Banddirektoren, darunter auch Herr v. Stauff, vereidigt zu lassen.

Gauabschüsse bei Max Slaters

CBS Berlin, 27. Februar.
Die Staatsanwaltschaft hat während des Slatersprozesses Mitteilungen darüber erhalten, daß der Gesundheitszustand Max Slaters nicht so ungünstig wäre, wie es von ihm dargestellt wurde. Außerdem waren Hinweise auf Briefe und sonstiges Material gekommen, die über das Leben der drei Brüder nach dem Zusammenbruch angeblich Aufschluß geben sollten. Die Staatsanwaltschaft erwirkte daraufhin einen Gerichtsbeschluß, auf Grund dessen am Sonnabend eine überwältigende Aktion einzulegen. Staatsanwalt Weißenberg und der medizinische Sachverständige Professor Ringebel erhielten heute früh in der Wohnung Max Slaters, der sofort von Professor Ringebel einer gründlichen Untersuchung unterzogen wurde. Dabei wurde festgestellt, daß Max Slaters tatsächlich an einer schweren Leber- und Nierenkrankheit leidet, die höchstens eine beschränkte Vernehmung im Hause gestattet.

Bei der Durchsuchung der Wohnung Max Slaters wurde ein Briefwechsel zwischen ihm und seinen Brüdern sowie mit anderen Angehörigen des Slatersprozesses, ferner bezahlte Rechnungen über erhebliche Beträge beschlagnahmt, und zwar stammte dieses Material aus der Zeit nach dem Zusammenbruch des Slaterschen Unternehmens. Die Rechnungen sollen beweisen, daß die Brüder Slaters auch nach dem Bruch einen nicht unbeträchtlichen Aufwand getrieben haben sollen.

Weitere Ermittlungen fanden bei Verwandten von Max Slaters statt, wo nichts gefunden wurde, ferner bei einem Steuerberater, der für Max Slaters tätig war, und bei dem die Korrespondenz mit Frau Slaters über Steuerfragen beschlagnahmt wurde.

Rundfunkprogramm

Leipzig—Dresden

Leipzig (1157 kHz, 2,8 kW) Welle 230,3 — Dresden (911 kHz, 0,3 kW) Welle 318,8.

Dienstag, den 1. März.

8.30 Uhr: **Zensurmausik**. Anschließend bis 8.45 Uhr: **Festkonzert**.

10.00 Uhr: **Wirtschaftsnachrichten**.

10.05 Uhr: **Wetterdienst, Verkehrsunfall und Tagesprogramm**.

10.10 Uhr: **Was die Zeitung bringt**.

10.15 Uhr: **Gattenundschau im März**. Martha Schmidt-Theile, Leipzig.

11.00 Uhr: **Wetternachrichten**.

11.30 Uhr: **Schallplattenkonzert**. Werbeveranstaltung des Musikhauses „Merkur“, Paul Ebert, Leipzig.

12.00 Uhr: **Wetterdienst, Wetteranmeldungen und Schneevericht**.

12.10—13.00 Uhr: **Mittagskonzert (Schallplatten)**.

Zwischen 13.00 und 14.00 Uhr: **Wettervoranschlag und Pressebericht**.

14.00—14.15 Uhr: **Erwerbslosenjunk**. Aus der Welt der Erwerbslosen.

14.30—15.00 Uhr: **Bücherlesung für die Jugend**. Gustave Bach, Leipzig: „**Neue Bilderbücher für die Kleinen**“.

15.35 Uhr: **Wirtschaftsnachrichten**.

16.00 Uhr: **Sternenklamm im März**. Professor Dr. Alfred Teicher, Dresden.

16.15 Uhr: Eine Viertelstunde **Verkehrserziehung**: Knigge am Steuer. Dr. Rudolf Arnold, Leipzig.

16.30 Uhr: **Nachmittagskonzert**. Das Leipziger Sinfonieorchester. Dirigent H. Weber.

17.00—17.35 Uhr: **Wettervoranschlag und Zeitangabe**.

17.50 Uhr: **Wirtschaftsnachrichten**, welche Rollenzugen.

18.05 Uhr: **Sprochenkunde für die reisende Jugend**. Jugendfürsorge in der Großstadt. Hermann Höller, Dresden.

18.30 Uhr: **Sprachenjunk**. Französisch.

Deutsche Welle
Montag, den 1. März.
 6.30 Uhr: Aufgymnastik. Anschließend bis 8.15 Uhr: Frühkonzert.
 10.10—10.35 Uhr: Schulaufs. 25 Minuten: Welttheorie. Lustige Übungen. Zusammenfassung und Abschluß.
 10.35 Uhr: Neueste Nachrichten.
 11.30—11.55 Uhr: Lehrgang für praktische Landwirte.
 12.05—12.30 Uhr: Schulaufs. Französisch für Schüler.
 Anschließend Schallplattenkonzert: *Von de Gande Nagi*.
 13.30 Uhr: Übertragung Berlin: Neueste Nachrichten.
 14.00—15.00 Uhr: Übertragung Berlin: Konzert.
 15.00—15.25 Uhr: Rundfunkunde. Märchen und Geschichten. Eine Sprachgeschichte.
 15.30—15.45 Uhr: Welt- und Töriensberichte.
 15.45—16.25 Uhr: Frauenseunde. Künstlerische Handarbeiten. Kästleinländer.
 16.30—17.30 Uhr: Übertragung des Nachmittagskonzertes *Polysyn*.
 17.30—17.55 Uhr: Die soziale Frage im Industriellen Betrieb und ihre Lösung.
 Dr. Schweizer.
 18.00—18.25 Uhr: Das humanistische Gymnasium und die Gegenwart.
 18.30—18.55 Uhr: Gespräche über Musik.

19.00—19.20 Uhr: Englisch für Fortgeschrittenen.
 19.30—20.00 Uhr: Gedanken zur Zeit. Kann Arbeitszeitverkürzung der Arbeitseigenschaften? Dr. Erdmann, Dr. Röhr.
 20.00 Uhr: Aus dem großen Saal des Bauhauses, Frankfurt: Franz Böller singt. Konzert des Frankfurter Orchester-Vertrags. Leitung: Reinhold Meier.
 20.15 Uhr: Wetter, Tages- und Sportnachrichten.
 20.30—21.00 Uhr: Spätkonzert. Leitung: Arnold Gesetze. Mitwirkende: Alexander Schneider (Violin), Richard Greiter (Orgel), Rotas-Orchester.

Verzählungskalender

Montag, 29. Februar.

deutscher Metallarbeiter-Verband (Betriebsobmänner) Volkshaus,
19,30 Uhr.

SPD Groß-Leipzig, Dissenstliche Versammlung, Hessenkeller, L.
Plagwitz, 20 Uhr.

Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Leipzig-West (Zentro-
näre), Restaurant „Zwei Linden“, 20 Uhr.

Bund sozialistischer Freidenker, Ortsgruppe Mosau, Raistkeller,
20 Uhr.

Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinter-
bliebener, Borsenkeller, 20 Uhr.

Meß-Sonntag, d. 6. März,
von 1-6 Uhr geöffnet

Dienstag, d. 1. März, Mittwoch, d. 2. März, Donnerstag, den 3. März, und Freitag, den 4. März, Frühjahrsschau während der wir für 1 Mk. inkl. Bedien. 1 Kännchen Kaffee mit Gebäck und Schlagsahne verabreichen. Eintritt nur gegen Karte. - Karten an unseren Kassen.

Meß-Sonntag, d. 6. März,
von 1-6 Uhr geöffnet.



Au, Auvi, au! Oh, Oskar, oh!

Die Nazi sind ganz glückselig ob der Huld, die ihnen durch die Hakenkreuzgemeinschaft ehemals selbstgänger Hohenzollernprinzen aufteilte wurde. „Fürs Gewesene gibt der Jude nichts“, sagt ein Sprichwort. Aber selbst die nationalsozialistischen Träger größter Rassenzüge wollen absolut nicht Juden sein. Und vielleicht deshalb geben sie doch etwas fürs Gewesene. Und sie „beweisen“ ihr Nichtjudentum mit den grimmigsten Ausfällen gegen das Judentum. Zur Reinigung der NSDAP von Judentum und Judentum hat der Teutogermane Hitler, der nach seiner eigenen Hassfassentheorie eigentlich zu den Überhändern gezählt werden müsste, ein Rassenamt eingerichtet. Oh, Rosenberg und Goebbels, oh Kärgle und Böhme.

Aber auch: Oh Auvi und oh Oskar! Auch in den Adern der Hohenzollern hat die nationalsozialistische Judentumskräftelei semitische Blutkörperchen entdeckt. Über dieses Hohenzollernjudentum ist sogar ein „großes Werk“ zusammengeschrieben worden, der „Semi-Imperator“, den der Seinerzeit zu so traurigem Ruhm gelangte Meissner einklammerte nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtete. In diesem „Werk“, aber auch in frischem Handbuch der Judenfrage findet man alle die Redensarten, die glückliche Nazi-Dichten in Naziveranstaltungen so glücklich umschmeicheln.

Der „Semi-Imperator“ tut mit eherne Schriftlichkeit „beweisen“, daß die Hohenzollern „jüdisch verleucht“ sind durch die Gemahlin des Hohenstaufers Heinrich VI. Sie hieß Konstanze und war eine geborene Leonore, eine dem jüdischen Geldherrn geschlechtet Jordan Pier Leon entstammende Fürstentochter.

„Ihr Blut“, so schreibt der Semi-Imperator, „stöh in erste römische Fürstengeschlechter und in viele Familien vom höchsten italienischen Adel. Und in weiblicher Abstammung (Abstammung) lebt nach Universitätsprofessor Freiherr von Dungern ihr Blut nachweisbar in allen deutschen Fürstengeschlechtern fort.“

Wohlgeniert, in allen deutschen Fürstengeschlechtern. Über den Hohenzollern erging es in dieser Beziehung noch ganz besonders übel. Sie belamen nämlich im Laufe der letzten Jahrzehnte ihres majestätischen Seins noch einmal eine kräftige Sprüche des in den Augen der Nazis schlimmsten Giften. Der 1888 verstorbene Kaiser Friedrich III. hatte eine Schwester Edwards VII. zur Frau. Das englische Königshaus war eng mit den Coburgern verwandt. Die Coburgers aber trugen das Merkmal des Judentums so unverkennbar, daß man zum Beispiel dem letzten Coburger und ehemaligen König Ferdinand von Bulgarien den Stammbaum von der Rasse ableiten konnte. Dafür sind die Coburgers um so stammreiche Nazi-freunde. Der Semi-Imperator behauptet, daß die Großmutter Wilhelms des Ausreichers Victoria II. von England, die Dokumente über ihre jüdische Abstammung hoch und heilig hält und wohnt. Die Berechnung des Grades der jüdischen Infektion der Hohenzollern ergibt, daß einem Viertel bis drei Achtel jüdisches Blut in ihren Adern röste.

Nun hat fürzlich ein hoffnungsvoller Sproß dieses Hauses in Leipzig die Nationalsozialisten in frenetischen Beifall versezt. Und Hugenberg, der bei aller Liebe zu der Judentumsschicht Hitlers diesen ehemaligen Anhänger mit dem Heldenpinzel doch nicht als repräsentabel genug für die Präsidentenwahl kandidieren will, hat sich sogar einen schönen Oskar von Hohenzollern für den zweiten Wahlgang ausgewählt.

Dem neu errichteten Nassenamt Hitlers fällt nun die hebre Aufgabe zu, das Dritte Reich von Judentum rein zu halten. Heil Hitler und weh Auvi! Oskar weh!

Jubiläumstagung der Dentisten

Am 27. Februar 1932 versammelten sich die Mitglieder des Reichsbund Deutscher Dentisten, Bezirk Leipzig, zu einer schlichten Feier im Zoo, um ihre Jubilare zu ehren. Im Rahmen dieser Veranstaltung gaben die Redner ihrer Genugtuung darüber Ausdruck, daß sich der Dentistenstand aus eigener Kraft, ohne staatliche Zulassung, schon lange zu einem beachtlichen Faktor im Dienste der Volksgesundheit entwickelt hat. Die Dentisten versorgen einen erstaunlich hohen Prozentsatz der Krankenlosenmitglieder mit Zahnerhalt und stehen mit fast allen gesetzlichen Krankenkassen im Vertragsverhältnis.

Ausschließlich ernster Arbeit, der Beratung von Berufssachen, war der Sonntag gewidmet.

Unser Genosse, Bürgermeister Schulze, konnte als Delegierter des Wohlfahrtsamtes der Stadt Leipzig für dieses vom Bezirksverein Leipzig der Dentisten aus Anlaß der Wiederkehr des 30. Gründungstages 1000 Mark in Empfang nehmen. Der Rat der zahnleidenden Wohlfahrtsempfänger zu begegnen, hat sich der Bezirksverein der Dentisten weiter schriftlich verpflichtet, 50 Gebisse jährlich, die im Leipziger Lehrinstitut für Dentisten, Platzstraße 4, angefertigt werden, völlig kostenlos zu liefern. Seit Oktober 1931 wurden bis jetzt schon 70 Gebisse kostenlos geliefert. Wenn es für uns Sozialisten auch selbstverständlich ist, daß Volksgenossen für einander einstehen, so muß in diesem Falle doch anerkannt werden, daß die Dentisten, die vertraglich verpflichtete Zahnbeförderer des Wohlfahrtsamtes sind, verdienen wirklich kein geschrieben haben.

Aufmarsch der Eisernen Front im Norden

K. Trotz Kälte und Schneetreiben marschierten am Sonntag die Formationen der Eisernen Front, soweit sie zum Nordbezirk gehören mit einer wuchtigen Demonstration auf. Rund 700 aktive Schuhkinder nahmen am Umzug teil, der vor allem durch die ländlichen Vororte Lindenau, Lützschena, Stahmeln und teilweise durch Wahren führte. Mit Absicht wurden gerade diese Orte ausgewählt, da dort die „Erneuerer“ Deutschlands gewöhnlich besonders provozierend auftreten. Es ließ sich aber keiner von den Männern des Parteidienstbeamten Hitler sehen. Aber das ist ja bei Nazis immer so, lobald der Gegner geschlossen und stark erscheint, dann läuft man ihm lieber in Ruhe. Bei den Hitlerstrolchen ist es heldenhafter, Einzelne zu überfallen und zu bestimmen.

In Lützschena wurde vor dem Rathaus ein kurzes Halt gemacht. Genosse M. Jach sprach einige Worte, die vor allem an die Freude des Nationalsozialismus gerichtet waren.

Die Sozialisten und Republikaner haben jedenfalls den Anwohnern der nördlichen Vororte gezeigt, daß es außer den Nazis, die gerade dort immer in Zügen von 100 bis 150 Mann umziehen, noch die starke und geschlossene Eisernen Front gibt, die entschlossen ist, die Verbrecher der Menschenrechte im entscheidenden Augenblick vernichten zu schlagen.

Die Reise um die Erde

Die mit so großem Erfolg an der 52. Volksschule aufgeführte Kinderoper: „Die Reise um die Erde“ wird am Sonnabend, dem 5., und Sonntag, dem 6. März, 15.30 Uhr, im Alten Theater zweimal gespielt. Karten sind durch die Schulen und ab Mittwoch an der Kasse des Alten Theaters erhältlich. Preise der Plätze 30, 60, 90, 120 und 150 Pfennig.

Das Wohlfahrtswesen in Leipzig

Der Haushaltplan, über den wir schon einen Gesamtüberblick gegeben haben, weist in seinem am meisten überbelasteten Konto, dem des Wohlfahrtswesens, geradezu phantastische Veränderungen auf. So groß die Summe für Wohlfahrtspflege, so wenig reicht sie aus, einigermaßen Unterhalt gewährende Säge zu sichern. Der Rat hat es in einer seiner letzten Gesamtversammlungen mit Mehrheit abgelehnt, die Säge entsprechend den Vorschlägen des Finanzdezernenten zu kürzen. Der Oberbürgermeister hat daraufhin die tatsächliche Regierung um Ermächtigung zu solcher Kürzung erlaubt. Die Absichten des Oberbürgermeisters und des Finanzdezernenten zielen auf eine Kürzung in folgender Weise ab:

	Allgemeine Fürsorge		Gehobene Fürsorge			
	wöchentlich	monatlich	wöchentlich	monatlich	wöchentlich	monatlich
	von	auf	von	auf	von	auf
	Mh.	Mh.	Mh.	Mh.	Mh.	Mh.
1. Einzelne Erwachsenen						
a) mit eigenem Haushalt . . .	0,00	8,60	39,00	37,00	11,25	10,20
b) ohne eigenem Haushalt . . .	0,00	4,60	28,00	20,00	7,50	5,50
2. Ehepaar mit eigenem Haushalt . . .	14,50	13,00	62,85	55,00	18,15	15,60
3. Alle unter 15 Jahren	4,10	3,70	17,80	16,00	4,10	3,70

In den unter 1a und 2 angeführten Sägen sind enthalten als Zuschlag zur Miete
2,40 Mark wöchentlich in der allgemeinen Fürsorge,
2,80 Mark wöchentlich in der gehobenen Fürsorge;
als Zuschlag für Heizung und Beleuchtung für das Familienhaupt
75 Pfennig wöchentlich in der allgemeinen Fürsorge,
90 Pfennig wöchentlich in der gehobenen Fürsorge;
für Alleinstehende mit eigenem Haushalt
60 Pfennig wöchentlich in der allgemeinen Fürsorge,
70 Pfennig wöchentlich in der gehobenen Fürsorge.

Bürgermeister Dr. Löser hat dieses Kürzungsverlangen vor den Stadtverordneten mit der Notlage der Stadtkassen und

Haushaltplan ist aber für Fürsorgeunterstützung nur die Summe eingestellt, die sich nach Kürzung der Unterstützungen ergibt. Demnach scheint es, als ob die Mehrheit sich willig von der Minderheit „vergewaltigen“ läßt. Und wer hat die entsprechenden Verwaltungsanordnungen erlassen, von denen am Schlüsse der Ratsnotiz die Rede ist? Die Mehrheit gegen die Minderheit? Oder der Oberbürgermeister gegen den Rat? Selbstverständlich wird alles in Bewegung gesetzt werden müssen und gesetzt werden, dem Kürzungsfähigen Teil des Rates Einsicht beizubringen.

Im übrigen ist zu den nachfolgenden Haushaltplanansätzen zu bemerken, daß alle Zweige der Wohlfahrtspflege beträchtlich beschnitten worden sind, die Wohlfahrtsverwaltungen und sonstigen erwerbslosen und erwerbsbeschränkten Hilfsbedürftigen die notwendigen Mittel verabschieden zu können. Die Tabelle gibt darüber ein anschauliches Bild. Es sind eingestellt worden:

	Einnahmen		Ausgaben	
	1932	1931	1932	1931
	März	März	März	März
Gesamtbudget	36 220 048	28 129 490	67 985 060	61 825 600
Gesamtbudget	23 693 730	14 556 100	47 785 701	38 100 830
Gesamtbudget	3 083 000	3 275 400	4 845 884	5 422 000
Gesamtbudget	129 300	125 500	264 742	307 100
Gesamtbudget	833 790	1 101 100	3 413 637	4 946 540
Gesamtbudget	546 838	470 670	1 785 432	1 088 890
Gesamtbudget	7 802 300	8 413 320	9 294 870	11 023 230
Gesamtbudget	128 000	138 000	197 450	243 200
Gesamtbudget	—	—	178 904	281 500
Gesamtbudget	3 100	49 400	218 440	352 600

Gesamtbudget

Die Steigerung des Kontos Wohlfahrtswesen beträgt demnach gegen das Vorjahr 6 159 710 Mark. Das Unterconto Fürsorge allein hat dagegen eine Steigerung von 9 824 871 Mark erfahren. Um den Unterschiedsbetrag von 3 665 701 Mark — von einer kleinen Änderung im Unterconto Gesundheitswesen abgesehen — sind also die anderen Unterkonten gekürzt worden. Das Unterconto Gesundheitswesen — um das vorwegzunehmen — weist eine kleine Steigerung auf, weil einige Aufgaben, die bisher anderen Dezernaten oblagen, nunmehr dem Gesundheitsamt zugewiesen wurden und dementsprechend auch die sonst anderen Dezernaten zugewiesenen Einnahmen dem Unterconto Gesundheitswesen zugeschlagen werden müssen. Das Unterconto Kriegsfürsorge ist um 576 116 Mark zu Adel gekürzt worden. Das Unterconto Jugendpflege hat trotz der Zunahme der riesigen Arbeitslosigkeit der Jugendlichen eine Kürzung um 1 532 903 Mark erlitten. Die Ausgaben für die Krankenanstalten sind gegen das Vorjahr um 1 728 360 Mark gekürzt worden. Aber auch der Ansatz für Einnahmen hat um 611 010 Mark gekennzeichnet werden müssen. Der von der Stadt an die Krankenanstalten der Stadt zu leistende Zuschuß ist auf 1 492 570 Mark gegen 2 609 910 Mark im Vorjahr veranschlagt.

Der haushaltspolitisch ausgewiesene Zuschuß der Stadt zum Gesamtkonto Wohlfahrtswesen beträgt 31 765 012 Mark. Dabei ist über von vorher herein angenommen und in Rechnung gelegt, daß durch Umorganisation der gesamten Fürsorge besonders hinsichtlich der Wohlfahrtsverwaltungen, durch die die Gemeinden beträchtlich entlastet werden würden, 20 168 000 Mark vom Reich getragen werden. Andernfalls würde die Stadt hierfür 51 031 012, Mark zu leisten haben. Eine solche Umorganisation ist von der Reichsregierung in Aussicht gestellt worden. Welche Gestalt sie die Gemeinden entlasten wird, ist noch nicht klar zu übersehen.

Alles in allem zeigt wohl gerade das Haushaltkonto Wohlfahrtswesen, welche gewaltige Sorgen den Gemeinden durch die katastrophale Wirtschaftslage aufgezwungen haben. Und dabei drängt sich jedem um die Lebenshaltung der vielen unschuldigen Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsanarchie die Frage auf: Wie würde es wohl in den Haushalten der Erwerbslosen und Erwerbsbeschränkten sowie an der anderen auf öffentliche Hilfe angewiesenen aussehen, wenn es dem Einfluß der Sozialdemokratie auf Entscheidung und Verwaltung nicht gelungen wäre, alle die Einrichtungen zu treffen, die heute die Feinde der sozialen Fürsorge das Geschrei vom Wohlfahrtsstaat erheben lassen und ihren Pressetreibanten von dem Schlag der LNA hervoraufrufen lassen?

„Von dem Gedanken, daß die Gemeinde jedem ihrer Bürger die Sorge für sich und seine Familie abzunehmen habe, wird man sich gründlich und endgültig freimachen müssen.“

So haben die LNA noch bei der vorjährigen Haushaltsskritik geschrieben. Und neuerdings kommt die wunderbare Wohlfahrts-theorie der Nazis hinzu, nach der

an die Stelle der gerechtlich geregelten Wohlfahrtsfürsorge die Gulashkanone mit der „guten alten deutschen Erbsuppe“ treten soll. Man sieht also, wohin die Wohlfahrtsfürsorge gebracht werden würde, wenn die Pläne der Marxisten treffer, den Einfluß der Sozialdemokratie auf die sozialen Einrichtungen auszuschalten, in Erfüllung gingen.

Bevölkerungsbewegungen in Leipzig

Nach dem Wochennachweis des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig fanden in der Woche vom 7. bis 13. Februar 55 Eheschließungen statt. Die Zahl der Geborenen und gestorbenen betrug 156, davon 87 Knaben und 69 Mädchen. 36 Lebendgeborene waren unehelicher Abkunft. Außerdem wurden 7 Kinder totgeboren. Gestorben sind im gleichen Zeitraum 174 Personen, darunter 17 Kinder unter 1 Jahr. Unter den Gestorbenen befinden sich 88 männliche und 86 weibliche Personen. Von den Todessällen entfielen auf Neugeborene 2, Diphtherie 1, Grippe 2, Tuberkulose 19, Krebs 32, Juckerkrankheit 5, Gehirnenschlag 19, Herzkrankheiten 29, Lungenerkrankung 18, Nierenentzündung 2, Kindbettfebris 4, an geborene Lebenschwäche 8, Alterschwäche 11, auf übrige natürliche Lebensorbisse 16. Eine Person verunglückte tödlich und 5 endeten durch Selbstmord.

Strassenbahnenverkehr während der Frühjahrsmesse

Während der Leipziger Frühjahrsmesse wird der Betrieb der Straßenbahn, beginnend mit der Nacht vom 5. zum 6. März bis einschließlich der Nacht vom 8. zum 9. März ununterbrochen durchgeführt; während der gleichen Zeit ist die Polizeistunde aufgehoben. Von der Nacht vom 9. zum 10. März bis einschließlich der Nacht vom 11. zum 12. März wird der Straßenbahnbetrieb bis 3 Uhr nachts aufrechterhalten; die Polizeistunde ist in dieser Zeit ebenfalls auf 3 Uhr nachts festgesetzt.

Elternabend, 50. Volksschule, Montag, 29. Februar, 19.30 Uhr, Genossin Michaeli spricht.

Freie Vermittel in den Volksschulen

Am Sonntagvormittag ereignete sich in der Breitenstraße in Probstheida ein schwerer Unfall. Dorf selbst wurde der Stadtwärtsfahrende, in den zwanziger Jahren stehende Handlungsbahn Kranz auf der zweiten Fahrstraße von seinem Motorrad geschleudert und blieb bew

Wo ruft die Pflicht?

Sozialistische Bildungsarbeit.

Südbezirk: Der Kursus Nach findet morgen Dienstag, 20 Uhr, in der Goldenen Krone, Brautüber, seine Fortsetzung.

Ostbezirk: Der Kursus für die erwerbslosen Genossen findet erst morgen Dienstag, 15 Uhr, statt.

Dewitz-Döbisch. Morgen Dienstag, von 14 bis 16 Uhr, in der Schule Dewitz, Beginn des Kursus für erwerbslose Genossen mit Genossen Herberts.

Funktionäre

Gesamter Südbezirk. Donnerstag, den 8. März, 20 Uhr, in der Bibliothek in Connewitz, Vorstandskonferenz. Jeder Vorstehende bringt den technischen Abteilungsleiter mit.

Frauen

Alt-Leipzig. Dienstag, den 1. März, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, Kampfliedabend.

Connewitz. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, in der Goldenen Krone, Referat des Genossen Solowjewitsch über „Übergläubische Kurpfuscherei und politische Unreife“.

Thonberg-Neureuditz. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Himmelreich, Vortrag des Genossen Weiß über Geschlechtskrankheiten.

Stötteritz. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im PSL, verlängerte Strafe, Referat der Genossin Bold „Was geht die Frau die Politik an?“

Großpösna. Sonnabend, den 5. März, 20 Uhr, im Gasthof, Frauenabend. Genossin Else Gödel spricht über: Warum sind die Lebensmittel so teuer?

Baumsdorf. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Gutspark, Referat des Genossen Brückhardt „Die Frau im Dritten Reich“.

Schönesfeld. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Bad Rothenbach, Referat des Genossen Häntsch „Fehler der Erziehung“.

Leutzsch. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Schwarzen Jäger, Referat der Genossin Starrmann-Hunger „Die Ausrüstung und die Frauen“.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Unser Frauenabend am 29. Februar aus. Wir besuchen die öffentliche Versammlung im Hessenkeller. Nächster Frauenabend am 14. März.

Gutrich. Montag, 29. Februar, 20 Uhr, im Feldschlößchen, Referat des Genossen Kern, „Querschnitt durch die Zeit“ mit Schallplatten.

Lindenau. Montag, 29. Februar, 20 Uhr, im Turnerheim, Geselliger Abend mit Genossin Vörner.

Freie Sozialistische Schüler

Dienstag, den 1. März, Märzeller, literarischer Abend, Volkshaus, 19.30 Uhr, Zimmer 1, schwarze Tafel im Durchgang.

Gemeinschaft Kinderfreunde

In der Filmveranstaltung im Apollo sind 1 Mütze, 2 Handschuhe, 1 Geldbörse und ein Notizbuch gefunden worden. Abzuholen im Sekretariat.

Baumsdorf. Alle Gruppen gehen morgen ins Ostbad. Treffen 14.30 Uhr am Helm, 15 Pf. mitbringen. — Mittwoch sind wir ab 15 Uhr auf der Elsbahn.

Genossenschaft

133.Verteilungsstelle. Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Neuen Schützenhaus zu Großschönau, große Filmveranstaltung.

144. Verteilungsstelle. Mittwoch, den 2. März, 20 Uhr, im Gasthof Neukirchen, große Filmveranstaltung.

Mitgliederveranstaltungen

Öhning, Döbeln-Döbeln. Morgen Dienstag, 20 Uhr, findet im Statt. Die Einzelhandlungsliste zum Eltern-Buch liegt hier aus. Es können sich also alle, die sich noch nicht eingetragen haben, hier einschreiben.

Alt-Leipzig. Heute 20 Uhr im Volkshaus Mitgliederversammlung, „Die Präsidentenwahl“. Referent: Gen. Sause.

Bergwerkskatastrophen

Schweres Grubenunglück in West-Virginia

WLB Bluefield (West-Virginia), 27. Februar.

In einer hiesigen Kohlengrube ereignete sich eine Explosion. 30 Bergarbeiter werden vermisst.

Schweres Unglück in einem Bergwerk bei Salzburg

WLB Salzburg, 27. Februar.

In dem Bergwerk Mitterberg bildeten sich infolge eines Transformatorbrandes giftige Gase, die bei zwei Arbeitern zu schweren Vergiftungen führten, das beide starben. Ein dritter Arbeiter wurde mit schweren Vergiftungsscheinungen geborgen. Zwei Arbeiter werden noch vermisst.

Schwere Explosion im Hotel

Drei Schwerverletzte

TU Katowitz, 27. Februar.

Im Hotel Bristol in Szczecin bei Bielitz ereignete sich eine folgenschwere Explosion. Der 12jährige Sohn des Hotelbesitzers hatte in der Hotelküche ohne Wissen des Kochs einen Behälter mit 5 Liter Rohöl zum Aufwärmern auf die Herdplatte gestellt. Die Dämpfe explodierten plötzlich, so daß der Knabe, seine 23jährige Schwester und der Hotelsohn schwer verletzt wurden. Alle drei haben erhebliche Brandwunden erlitten und mußten in das Krankenhaus übergebracht werden. Die Explosion war so stark, daß eine Mauer des Hotels einstürzte und sämtliche Fenster Scheiben in Trümmer gingen. Der Gäste bemächtigte sich eine Panik. Während der allgemeinen Aufrregung gelang es zwei Dieben, erhebliche Beute zu machen. Ein Schadensfeuer konnte durch die Feuerwehr auf ihren Herd beschränkt werden.

SACHSEN

Noch immer steigt das Elend

Noch immer steigt die Zahl der Arbeitssuchenden! Am 15. Februar 1932 wurde der Stand von 714 534 erreicht, der 22,6 Prozent über dem Stand zur gleichen Zeit des Vorjahrs liegt. Es ist noch ungewiß, ob diese Zahl den diesjährigen winterlichen Höchststand bedeuten wird. Der in der Berichtszeit vom 1. bis 15. Februar eingetretene Kälteeinbruch verhindert weitere Einstellungen in der Landwirtschaft sowie bei anderen Außenarbeiten, die von der Witterung abhängig sind und zwang das Baugewerbe zu fortwährenden Entlassungen. Auftragsmangel in verschiedenen Zweigen der Metallindustrie, insbesondere in der Schwerindustrie, im Maschinenbau, Elektrotechnik, Autoindustrie, verursacht weitere Zugänge an Arbeitsuchenden. Auch der Arbeitsmarkt der Tiefenindustrie wurde durch Entlassungen aus der Strumpfbranche und sonstigen auf die Ausfuhr nach England angewiesenen Betrieben neu belastet. Demgegenüber konnten saisonale Belebungserhebungen in der Tiefenindustrie, in der Wolle, Kunst- und Seidenweberei und in der vogtländischen Stickerei- und Spinnereiindustrie noch kein genügendes Gegengewicht bieten, wenn auch der Zugang an Arbeitsuchenden gegenüber den vorhergehenden Berichtszeit wesentlich nachgelassen hat. Die übrigen Berufsgruppen wiesen im allgemeinen eine gedrückte Lage auf, aus der sich als mehr oder weniger bedeutende Stützpunkte des Arbeitsmarktes Belebungen des Beschäftigungsgrades in der Industrie der Steine und Erdöl, in der Möbel- und Kleinholzindustrie einzelner Arbeitsamtsbezirke, in der Zigarettenindustrie und in einigen Zweigen des Bekleidungsgewerbes herheben.

Verschiedene Arbeitsämter berichten über zahlreiche Ausschreibungen von Hauptunterstützungsempfängern aus der Arbeitslosenversicherung, so daß im ganzen die Bewegung in der Arbeitslosenversicherung vom 31. Januar bis 20. Februar 1932 trotz Zuganges in anderen Bezirken leicht rückläufig ist. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung sank von 186 825 auf 186 362, also um 483 oder 0,2 Prozent. Es wurden jedoch vorwiegend nur die männlichen Personen von diesem Rückgang betroffen, während die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger insgesamt um 1679 oder 2,7 Prozent in die Höhe gegangen ist. In der Arbeiterunterstützung stieg sowohl die Zahl der männlichen als auch der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger. Die Gesamtsteigerung vollzog sich von 175 952 auf 177 959, also um rund 2000 oder 1,1 Prozent.

Der Sächsische Gemeindetag schreibt zur Steigerung der Arbeitslosigkeit:

In Sachsen ist im Gegensatz zum Reich die Arbeitslosigkeit lawinenartig weiter angewachsen. Im Januar 1932 ist in Sachsen die Zahl der Arbeitslosen um über 15 Prozent mehr gestiegen als im Januar 1931, während im Reich in derselben Zeit die monatliche Steigerung um 26 Prozent geringer war als im Januar 1931. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Sachsen sowie im Reich sich die Anzahl der Arbeitslosen um 28 Prozent gegenüber dem 31. Januar 1931 vermehrt hat. Am 31. Januar 1932 betrug die Anzahl der Arbeitslosen in Sachsen 714 005 oder 142,8 auf 1000 Einwohner und im Reich 6 041 910 oder 88,8 auf 1000 Einwohner. Damit sind nunmehr von allen nach der Verabsiedlung 1925 festgestellten Erwerbstätigten in Sachsen 27 Prozent, im Reich dagegen nur 19 Prozent erwerblos. Die Anzahl der Arbeitslosen beträgt am 15. Februar 1932 8 127 000 und ist somit um 1,1 Millionen höher als am 15. Februar 1931.

Sinkende Steuereinnahmen

Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamts betragen die Einnahmen des Staates an Landessteuern (Grund-, Gewerbe-, Mietzins-, Schlachtfeste) im Januar d. J. 8,68 Millionen Mark gegen 9,22 im Januar 1931. An Reichsteuern (Einkommen-, Körpererhalts-, Kraftfahrzeug-, Biersteuer) wurden im Januar 1932 an das Land 8,95 und an die Gemeinden und Bezirksverbände 9,46 Millionen Mark überwiesen; die entsprechenden Zahlen für Januar 1931 lauten 18,08 bzw. 17,82. Das Aufkommen an Lohnsteuer in Sachsen belief sich im Januar 1932 auf 6,60 Millionen Mark gegen 9,12 im Januar 1931.

Die Gesamtverschuldung der fünf sächsischen Großstädte (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen, Zwickau) einschließlich Kostenkredite betrug Ende Dezember 1931 insgesamt 681,72 Millionen Mark gegen 690,79 Ende Dezember 1930; davon waren 58,38 bzw. 60,90 Millionen Mark Auslandschulden.

Jahpreissenkungen bei den staatlichen Omnibuslinien

Die Betriebsleitung vom staatlichen Kraftverkehr schreibt uns: Der Reichsminister für Preissenkung ist nunmehr auch an die Kraftwagen-Unternehmen herangetreten, um eine Senkung der Kraftpreise für die Kraftomnibuslinien zu erreichen.

Die seit Herbst 1930 und im Juli 1931 noch erhöhten Fahrpreiszuschläge, die durch den Benzinfinanzzoll erforderlich wurden, kommen mit Wirkung vom 1. März 1932 gänzlich in Kraftfall, ferner werden in großer Zahl Rückfahrkästen zu ermäßigten Preisen eingeführt und deren Gültigkeit allgemein von 3 auf 4 Tage (Wochentag eingeschlossen) verlängert.

Bei den Sammelkarten (12er und 25er Karten) treten überdies erhebliche Verbilligungen und Erleichterungen in ihrer Verwendung ein, insbesondere sind aber die Preise für die Monatskarten bei größeren Entfernungen ganz wesentlich herabgesetzt worden. Auf leichter erhaltener Strecke dann noch einen weiteren Rabatt von 33 Prozent.

Die Verkehrsreisenden und solche Fahrgäste, welche die staatlichen Omnibuslinien oft benutzen, aber von den Sammelkarten und innerhalb der letzten zwei Monate.

Im Auslande war die Preisbewegung noch größer, so daß der Butterhandel schwere Wochen durchzumachen hatte. Schwere Wochen besonders deshalb, weil in diese Zeit auch noch die enorme Erhöhung des Butterpreises fiel. Und das alles zu einer Zeit, in welcher der Butterverbrauch der kleinste im ganzen Jahre ist. Es war also eine harte Belastungsprobe für den Butterhandel, denn in der Zeit des Preisabbaues gibt es natürlich mit den Butterverbrauchern unangenehme Auseinandersetzungen, wenn Preiserhöhungen vorgenommen werden sollen.

Die „Erdbeer-Butter“ hat es deshalb gar nicht gewagt, die leichten gewaltigen Notierungssteigerungen bei dem Ladenpreise zum Ausdruck zu bringen, so daß die leichten Wochen ihr schwere Verluste brachten.

Aur die in den Handel eingeführte billigere Tafelbutter mit dem Kennzeichen E. B. B. mußte in den Läden teurer verkauft werden, nämlich von 78 Pf. an per Stück, während der Preis für „Erdbeer-Butter“ nicht über 90 Pf. per Stück erhöht wurde. Hoffentlich werden die Verbraucher der „Erdbeer-Butter“ das anerkennen und treu zu ihr halten, auch wenn sie sich einmal der Wiederholung solcher Verluste nicht aussehen kann.

Monatskarten können günstigen Gebrauch machen können, wird eine neue Einrichtung zur Benutzung auf allen Linien eingeführt. Gegen Entfernung einer Pauschalgebühr von 20 Mark monatlich werden solche Reisende auf allen Linien zum halben Fahrpreis befördert.

Die Preise für Expresszugbeförderung auf den Linien der Staatslichen Kraftwagenverwaltung sind vor kurzem ebenfalls herabgemindert worden.

Zur Reichspräsidentenwahl

In der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht die Staatskanzlei die V. Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten. Danach sind die Stimmlisten und Stimmkarten vom 3. bis 6. März auszulegen. Die Gemeindebehörden können die Auslegung schon früher beginnen lassen. Kreiswahlleiter sind im 28. Wahlkreis Dresden-Bauern, Oberregierungsrat Kunze (Kreishauptmannschaft Dresden), im 29. Wahlkreis Leipzig-Oberregierungsrat Hempel (Kreishauptmannschaft Leipzig), im 30. Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Stadt Dr. Gleißner (Stadtrat Chemnitz). Amtliche Stimmzettel werden von den Kreiswahlleitern geliefert. Die bei früheren Wahlen benutzten Stimmzettelumschläge sind wieder zu verwenden, solange sie brauchbar sind.

In einem weiteren Abfall werden Bestimmungen getroffen, die Verstöße gegen die Wahlvorschriften ausstellen sollen. Nach Geschlechter getrennte Stimmabgabe darf in kleinen Stimmbezirken, wo dadurch das Wahlscheinminde gefährdet wird, nicht stattfinden. In Stimmbezirken mit weniger als 1000 Stimmberechtigten kann eine kürzere als die in der Reichsstimmordnung vorgesehene Wählzeit festgesetzt werden, die jedoch mindestens 6 Stunden betragen muß.

Schutz des Wahlgeheimnisses

Die Sächsische Regierung hat angeordnet:

In den Stimmlisten und Stimmkarten ist vor ihrer Auslegung die für den Vermerk der erfolgten Eintragung für das Volksbegehren angewandte Kennzeichen bei allen Stimmberechtigten in der im Eintragungsverfahren benutzten Spalte einzutragen, so daß man nicht mehr erkennen kann, ob ein Stimmberechtigter am Volksbegehren teilgenommen hat oder nicht. Listen und Karten, in denen die Teilnahme am Volksbegehr nicht vollständig unkenntlich machen läßt, dürfen bei der Reichspräsidentenwahl nicht verwendet werden.

Mandatsmüde Staatsparteileiter

In Pirna hat der staatsparteiliche Stadtverordnetenvorsteher Prof. Heinrich wegen der Kritik an seinem Verhalten in der letzten, etwas stürmischen Stadtverordnetenversammlung sein Amt und zugleich auch sein Mandat niedergelegt. Heinrich, der 12 Jahre Stadtverordnete war, hat erklärt, die gegenwärtige sogenannte Selbstverwaltung sei ein ungeheuerer Verlauf, dies mit der Begründung, daß an die Stelle sachlicher Arbeit vielfach Parteidynamik und persönliche Verunglimpfungen getreten sei. Häufig würden Beleidisse gefaßt, die nicht durchführbar seien. Die Neuwahl des Vorstehers ist für Freitag in Aussicht genommen. Auch der Stadtkassendirektor Viebrach (Staatspartei) hat aus Gesundheitsgründen sein Mandat niedergelegt. Nachfolger auf der Liste sind der Angestellte Kreßmar und Frau Pfarrer Peter.

Der Döhlner Strafentwurf vor Gericht

Das Gemeinsame Schöffengericht Chemnitz beschäftigte sich in mehrstündigem Verhandlung mit den Vorgängen in Döhlitz am 30. August 1931, wo es bei einer kommunistischen Demonstration zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war, wobei mehrere Polizeibeamte verletzt wurden. Die Verhandlung fand am Freitag in Döhlitz, am Sonnabend in Chemnitz statt. Die Angeklagten Hellwig und Baumgart aus Döhlitz wurden zu je zehn Monaten Gefängnis, Bergarbeiter Meznar zu acht Monaten Gefängnis, drei weitere Angeklagte zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Hellwig und Baumgart wurde die volle Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Dresden. Sechs Sarassani-Elefanten Opfer des Unterpflanzen Brandes. Bekanntlich waren infolge des verheerenden Brandes, der den Circus Sarassani bei seinem Gastspiel in Unterpflanzen heimlichte, drei dem Zirkus gehörende Elefanten eingegangen. Inzwischen sind von den beim Brand verletzten Tieren weitere zwei gestorben. Ein lechter Elefant, der an den Vorderbeinen schwere Brandwunden erlitten hatte, mußte, um ihn von seinen Qualen zu erlösen, getötet werden.

Görlitz. Gasexplosion. Auf der Peterswalder Straße war aus einem schadhaften Gasrohr Gas in eine Schleuse gedrungen, aus der es infolge des Schneefalls nicht entweichen konnte. Da auch der Schleusendefekt eingetroffen war, wollte man ihn loslassen. Beim Schlagen auf einen Stein löste sich ein Funken, durch den sich das Gas entzündete. Durch die Explosion wurden drei Arbeiter leicht verletzt. Einige weitere Personen wurden durch den Aufsprudel mehrere Meter weit fortgeschleudert, ohne jedoch zu Schaden zu kommen.

Ein Ausflugslokal von Räubern überfallen

SPD Berlin, 29. Februar. Am Sonnabendabend wurde in Berlin-Heiligensee ein Ausflugslokal von fünf Räubern überfallen. Die Räuber drangen mit vorgehaltene Revolvern in die Gaststube ein, plünderten die Kasse, die anwesenden Personen und die sich an das Restaurant anschließende Wohnung aus und entkamen in einem Kraftwagen mit einer Beute von etwa 150 Mark und zahlreichen Waren.

Die Berliner Butternotierung stieg um 38 Pf. per Pfund



Allerfeinste, garantiert reines Naturbutter

Immer wieder wird bei dieser Gelegenheit auf die neu eingeführten erstenklassigen Brotaufstrichmittel:

###

Hammerstaaten

Von Walter Streicher.

Die Gewerkschaften sind die wirtschaftlichen Klassenkampforganisationen des Proletariats. Sie sind das Bollwerk, die im Wesen des Kapitalismus liegende wirtschaftliche und damit kulturelle Verelendung des Proletariats abzuwehren. Der Kampf der Gewerkschaften ist in erster Linie ein wirtschaftlicher Kampf. Er beruht auf der Kenntnis der im Kapitalismus wirkenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gesetze. Diese bewirken, daß der beschäftigte Arbeiter um einen wesentlichen Teil seines Arbeitsentgeltes gebracht wird. Das, was ihm als Lohn geahndet wird, ist nur ein Teil seines Arbeitsentgeltes und reicht nicht aus, um eine menschenwürdige Existenz zu führen. Der Druck der kapitalistischen Kräfte ist ein Dauerzustand, der nur ausgetilgt werden kann durch ebenso dauernde Gegenwehr.

Diese Gegenwehr besteht in der Hauptsache in der Organisierung und Beeinflussung des Arbeitsangebotes. Durch organisierte Vorenthalten der Arbeitskraft werden bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwungen. Der Kapitalist, der Arbeitskraft benötigt, wird zur Zahlung eines höheren Preises veranlaßt, weil er sonst sein Kapital brachliegen lassen müßte.

Nebenher geht der politische Kampf der Gewerkschaften, dessen Ziel die Einführung auf Gesetzgebung und Verwaltung ist. In diesem Kampfe haben die Gewerkschaften einen treuen Bundesgenossen, die Sozialdemokratische Partei, die den politischen Kampf um die Erweiterung der Rechte des Proletariats führt.

Eines ist für den wirtschaftlichen und politischen Kampf unerlässlich: die Demokratie.

Die freie, uneingeschränkte demokratische Verfassung ist die Plattform, auf der das Proletariat um seine Rechte und damit um die Auswärtsentwicklung der Menschheit kämpft.

Gedacht aber jetzt, wo infolge des Versagens des Kapitalismus sich die Menschheit in großer Verzweiflung befindet, wo Hunger und Elend, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not unerträglich werden, ist die Demokratie am meisten bedroht. Der um seine Alleinherrschaft bangende Kapitalismus verzweigt mit Hilfe der von ihm noch ideologisch beeinflußten, aber schon wirtschaftlich zusammengebrochenen Mittelschichten und der noch nicht klassenbewußten Schichten des Proletariats, sich der plausimäßigen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft entgegenzustemmen. Ein großes Hindernis ist ihm bei diesem Ziele die demokratische Verfassung. Deshalb das Streben, die Demokratie zu Fall zu bringen, und sei es mit Gewalt. Deshalb die Herauslösung von Kampftruppen:

Die Methode des Faschismus ist die Gewaltanwendung gegen alles, was ihm entgegensteht. Politische und wirtschaftliche Freiheit sind ihm verhaßt. Der Gewaltanwendung muß aber rechtzeitig vorgebeugt werden.

Als republikanische Abwehrformation gegen den Faschismus kam bisher das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Frage, dessen Formationen allerdings in der Hauptsache von klassenbewußten Arbeitern gebildet wurden. Daneben gab es in neuerer Zeit, besonders in Sachsen, die Abwehrformationen der SPD. Bei aller Bedeutung, die ganz besonders dem Reichsbanner zukommt, und bei aller Anerkennung des bisher vom ihm Geleisteten, muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob sich die demokratisch-republikanisch gestaltete Bevölkerung, vor allem aber die Arbeitersklasse, damit begnügen kann. Schon zahlmäßig müssen viel mehr Kräfte eingesetzt werden.

Die Mobilisierung der vorhandenen demokratisch-republikanischen Kräfte vorzunehmen, ist die Aufgabe der „Eisernen Front“. In ihr treten zur Stammtruppe des Reichsbanners die anderen Abwehrformationen. Das sind die Hunderstaaten der Arbeitersportverbände, die Schuhformationen der SPD, und die Hammerstaaten der freien Gewerkschaften. Ein Blei zuviel möchte man fast sagen und doch liegt dieser Gliederung eine große innere Berechtigung zugrunde. Es gilt, den Menschen dort zusammen, wo er sich schon organisatorisch betätigt, wo er zu Gleichkönigenden Bindungen hat.

Das Reichsbanner als überparteiliche Organisation ist das Sammelbeden der Republikaner schlechthin, ohne Rücksicht auf und ohne Forderung einer Parteizugehörigkeit. Die Körpergewichthalten Arbeiterpartei stellen in ihren Verbänden eine schlagfertige Abwehrformation dar. Der SPD-Mann mag in seiner reinen Partei-

formation kämpfen, und der Nurgewerkschafter tritt in die Hammerstaaten ein.

Die Hammerstaaten sind also keine Konkurrenz gegenüber den schon bestehenden Abwehrformationen, sondern vielmehr eine sehr wichtige und notwendige Ergänzung. Selbst wenn alle eingeschlossenen Mitglieder des Reichsbanners, der SPD, der Arbeiter sportverbände zugleich auch Gewerkschafter wären und den aktiven Abwehrformationen der vorgenannten Organisationen angehören würden noch Millionen Gewerkschafter übrigbleiben, die die Hammerstaaten bildet könnten.

Der organisierte Gewerkschafter muß erkennen, daß sein Wirkungsfeld sofort verbaut ist, daß die Erfolge Jahrzehntelangen Königs vernichtet sind, wenn Republik und Demokratie besiegt werden. Sein elementarisches Lebensinteresse zwingt ihn, sich zur Republik und Demokratie zu bekennen, ja nicht nur zu ihnen sich zu bekennen, sondern sie auch zu schützen. Die gewerkschaftliche Arbeit steht und fällt mit der freien, demokratischen Verfassung.

Diese Erkenntnis zwingt zum Handeln. Die Millionen Gewerkschafter dürfen den Schutz der Demokratie nicht den anderen Abwehrorganisationen allein überlassen und denen von ihnen, die sich schon diese Abwehrformationen eingerichtet haben. Sie sind verpflichtet, Mann für Mann sich einzusetzen. Und wollen sie nicht in schon bestehende Abwehrorganisationen eintreten, dann müssen sie eigene Formationen schaffen. Das sind die Hammerstaaten.

Bedarft es aber besonderer Organisationsformen, genügten nicht einfach die schon bestehenden gewerkschaftlichen Organisationsglieder? Nein! Die Gewerkschaften als anerkannte wirtschaftliche Interessenvertretungen haben vielfältige Aufgaben, die einen ganz bestimmten Organisationsaufbau bedingen. Der Aufgabenkreis ist vielfach geistlich genau umschrieben. Die Gewerkschaften sind zu genau. Rechnungslegung verpflichtet, sie verlangen Pflichten und gewähren dafür Rechte, die fahngemäßig festgelegt sind. Sie sind etwas Bleibendes und, in diesem Sinne an gewisse starke Organisationsformen gebunden. Die Hammerstaaten dagegen sind aktive Abwehrformationen, die einmal volle Hingabe des einzelnen voraussetzen, aber auch volle Bewegungsfreiheit haben müssen. Sie können nicht an starke Sanktionen wie die Gewerkschaften gebunden sein.

Sie sollen also neben den eigentlich fahngemäßigen Organisationsgliedern der Gewerkschaften stehen und dennoch ideell und praktisch in den Gewerkschaften. Sie sind kein Nebener, sondern ein Innendrin. Deshalb ist eine besondere Beitragsteilung und Kassenführung vollkommen ausgeschlossen. Die Organe der Hammerstaaten sind von den Gewerkschaften zu ernennen, von den Gewerkschaften erhalten sie ihre Aufgaben, den Gewerkschaften sind sie verantwortlich.

Der Wirkungskreis der Hammerstaaten ergibt sich aus ihrer Stellung innerhalb der Eisernen Front.

Die Hammerstaaten sollen eine strenge Erfassung der Gewerkschaftsmitglieder herbeileiten und sie erziehen zu aktiverem Massenaufstreten.

Das strenge, geschlossene Massenaufstreten ist ein gutes Mittel, dem Gegner zu zeigen, daß man sich nicht lange machen läßt, aber auch ein Mittel, dem Gegner die eigenen Kräfte vorzuführen. Der eigentliche gewerkschaftliche Kampf spielt sich viel zu sehr nur innerhalb des Kreises der direkt Beteiligten ab und bietet wenig Gelegenheit zu öffentlichem Auftreten. Die Hammerstaaten aber lassen weithin erkennen, über welch große Reserven die Eisernen Front verfügt. Dieses strenge, gut disziplinierte Massenaufstreten ist aber auch geeignet, das Selbstvertrauen im eigenen Lager in hohem Maße zu festigen.

Hinzu kommt die Erziehung der Gewerkschafter zu disziplinierter Abwehr von Terroristen, sei es gegen den eingezogenen, sei es gegen die demokratischen Einrichtungen der Arbeiterschaft, sei es gegen den eingezogenen, sei es gegen die demokratischen Einrichtungen überhaupt. Das ist eine Aufgabe, die eben nur von den Hammerstaaten gelöst werden kann, nicht aber von den sonstigen gewerkschaftlichen Organisationsgliedern.

Doch schon die Erfüllung der ersten Aufgabe würde beweisen, daß die Hammerstaaten keine überflüssige Organisation sind.

Nun aber, da der Gedanke geboren ist, gilt es, ihn fruchtbar zu machen.

Der Konsum im Krisenjahr

SPD Von den rund 8 Millionen Haushaltungen, die in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes des heutigen Konsumvereine zusammengeschlossen sind, dürften gegenwärtig mehr als 2 Millionen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit heimgesucht sein. Daß sich das auf die Entwicklung der Konsumgenossenschaften auswirken muß, versteht sich von selbst. Immerhin kann man sagen, daß

die Konsumgenossenschaften starke Widerstandsfähigkeit gegen die Reihenauflösungen an den Tag legen.

Das zeigt auch der Abschluß für das vierte Quartal 1931. Die Entwicklung geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

1. Vierteljahr 2. Vierteljahr 3. Vierteljahr 4. Vierteljahr
1931 1931 1931 1931

Jahs der Mitglieder . 2 989 135 2 980 193 2 924 043 2 938 445

Durchschnittsumsatz je Mitglied in Mark 85,94 89,28 80,05 85,89

Sparsparlagen in Millionen Mark 409,55 405,44 360,07 317,25

Rücksicht aller Art in Millionen Mark 65,40 64,73 65,35 66,09

Giro- und Banksparsparlagen bei der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Millionen Mark 148,21 140,86 124,39 98,41

Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften ist also gewachsen und dürfte, wenn man die Mitgliedschaften der Vereine unter 400 Mitgliedern berücksichtigt, mehr als 3 Millionen betragen. Die finanzielle Unspannung erklärt sich durch die Sparersparnis, die ja auch die Konsumgenossenschaften Sparer nicht schont, und die die Konsumgenossenschaften zwang, von ihren Einnahmen bei der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erhebliche Mittel flüssig zu machen, um den Anforderungen der sparenden Konsumgenossenschaften Rechnung zu tragen. Die Verluste an Sparsparlagen bei den Genossenschaften machen im zweiten Vierteljahr 1931 nur 4,11 Millionen Mark aus (im Vorjahr Zuwachs von 12,97 Millionen), im dritten Vierteljahr 45,38 Millionen (im Vorjahr Zuwachs von 11,00 Millionen) und im vierten Vierteljahr 42,82 Millionen (im vorjährigen Jahr Verluste von 8,94 Millionen Mark).

Über den Umsatz berichtet folgende Zusammenstellung:

4. Vierteljahr 3. Vierteljahr 4. Vierteljahr
1930 1931 1931

Gesamtumsatz in Millionen Mark 312,80 251,82 252,38

Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft in Millionen Mark 130,04 114,11 107,63

Umsatz der Großeinkaufsgesellschaft im Verhältnis zum Konsumgenossenschaftlichen Umsatz 41,57% 45,35% 42,65%

Umsatz der Eigenbetriebe der Großeinkaufsgesellschaft in Millionen Mt. 38,55 40,51 38,16

Verhältnis der grossen Einkaufsgesellschaften zum Konsumgenossenschaftlichen Umsatz . 12,32% 16,09% 15,12%

Im Verhältnis zur gleichen Zeit des Vorjahres sank der Umsatz der Konsumgenossenschaften im Jahre 1931 um 10 Millionen Mark im ersten Vierteljahr, um 29 Millionen Mark im zweiten Vierteljahr, um 40 Millionen Mark im dritten Vierteljahr, und um 61 Millionen Mark im vierten Vierteljahr 1931. Der gesamte Umsatzrückgang der Konsumgenossenschaften stellt sich für das Jahr 1931 auf 180 Millionen Mark = 18 Prozent. Natürlich muß man hier berücksichtigen, daß der mengenmäßige Umsatz infolge der Preisentwertungen höher liegt.

Neue Drosselung der englischen Kohleneinfuhr

Der Reichskohlenkommissar hat die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland für März um weitere 50 000 Tonnen heruntergesetzt. Im April tritt eine weitere Ermäßigung um 50 000 Tonnen in Kraft. Die neue Drosselung der englischen Kohleneinfuhr wird wie folgt begründet:

Während z. B. die arbeitsfähige Förderung an der Ruhr im Durchschnitt des Jahres 1929 rund 407 000 Tonnen betrug, ist sie im Februar 1932 bis auf etwa 240 000 Tonnen gefallen. Die deutsche Bergarbeiterchaft wird von dieser Katastrophen Entwicklung in unerträglicher Weise betroffen. Die Belegschaft an der Ruhr, die im Jahre 1929 noch 361 000 Köpfe betrug, ist bis auf etwa 200 000 zurückgegangen und muß trotzdem häufig Feierabenden mit ihrem bei den gesenkten Löhnen um so empfindlicheren Verdienstausfall in Kauf nehmen."

Der katastrophale Rückgang der Belegschaft im Ruhrbergbau ist allerdings weit weniger die Folge erhöhter Einfuhr von Kohle aus dem Ausland, als rückläufigen Kohlenbedarfs im Inland. Der Ruhrbergbau hätte, um der englischen Kohleneinfuhr zu begegnen, eine Reihe von Abschlagsmaßnahmen vorgeschlagen; u. a. wurden Dumping auf gleichzölle gefordert. Diesem Standpunkt schloß sich der Reichsverband der deutschen Industrie im großen und ganzen an. Die Reichsregierung hat aber vorgezogen, diese Pläne nicht zu verwirklichen. Sie beläßt es bei einer weiteren Kürzung der englischen Kohleneinfuhr, in der richtigen Erkenntnis, daß die vom Ruhrbergbau geforderten Maßnahmen Gegenmaßnahmen herverursachen werden. Die englische Belegschaft hat jedoch auf die Einfuhrkürzung in England viel böses Blut gemacht und unseren Außenhandel schwer geschädigt hätten. Berücksichtigt man die Einschränkungen, die bereits im Herbst vorigen Jahres und im Februar 1932 in Kraft getreten sind, dann ermöglicht sich die englische Kohleneinfuhr noch um rund zwei Drittel. Man darf nicht verkennen, daß durch solche Maßnahmen das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und England gerade nicht verbessert und die kritische Lage nicht entspannt wird.

Die Reichsregierung verspricht

Die Reichsregierung läßt erklären, daß eine Erhöhung des Brotpreises nicht eintreten wird.

Die Reichsgetreidegesellschaft wird durch Bereitstellung von billigem russischen Roggen den Weizenpreis soweit senken, daß der Brotpreis nicht verteuert wird.

Lohnkürzungen im französischen Kohlenbergbau

SPD Paris, 27. Februar.

Für die Kohlengruben des Loirebeckens und des Gebiets von Ales (Südfrankreich) sind am Freitag zwischen den Grubengesellschaften und den Bergarbeitergewerkschaften über die von den Unternehmern beantragte Lohnsenkung Abkommen abgeschlossen worden. Im Loirebeken werden die Löhne statt um 10 Prozent, wie die Unternehmer gefordert hatten, um 8 Prozent gesenkt. Die Löhne von Ales beträgt die Kürzung 7,5 Prozent. Die neuen Löhne treten rückwirkend ab 16. Februar in Kraft.

Reiselegitimationskarten. Kaufleute, Handelsvertreter und Handelsreisende, die außerhalb des Ortes der gewerblichen Niederlassung Bestellungen auf Waren suchen oder Waren einkaufen, müssen im Befall einer für das laufende Kalenderjahr gültigen Reiselegitimationskarte sein. Legitimationskarten fertigt aus: Gewerbeamt im Neuen Rathaus, Erdg., Zimmer 180.

1½ Hunderttausend überschritten

Der Leipziger Arbeitsmarkt Mitte Februar

Vom Leipziger Arbeitsamt wird uns mitgeteilt:

Mit 125 000 gezählten Arbeitsuchenden am 15. Februar scheint nunmehr die Erwerbslosigkeit dieses Winters ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Das heißt:

36 Prozent aller berufszugehörigen Arbeiter sind gegenwärtig arbeitslos.

Im Reiche und Leipzig stellen sich die Vergleichszahlen:

Arbeitslose:		Deutschland	Reiche	Leipzig
Stichtag	15. 2. 1932	8 202 478	125 171	
seit 1. 2. 1932	+ 82 958	+ 2 285	(1,4 Prozent)	(1,0 Prozent)

In den einzelnen Berufen hat der Arbeitsmarkt folgendes Bild: Die Lohnberufe Landwirtschaft und Bau gewerbe zeigten noch wenig Aufnahmefähigkeit. In der Industrie der Steine und Erden wurde die Arbeit durch den Frost stark behindert. In der Metallindustrie wurden die auf Grund der anfangs Januar erfolgten Stilllegungsanzeigen befürchteten Entlassungen erst rechtlicherweise bisher nur in einem Betriebe restlos durchgeführt. Zugang kam besonders aus dem Maschinenbau, der Metallwarenfabrikation und der Autobranche. Die Textilindustrie hatte in den Kammgarnspinnereien keinen einheitlichen Beschäftigungsgrad aufzuweisen. Günstig war die Baumwollspinnerei beschäftigt, die meisten Abteilungen arbeiteten in Doppelplicht. Auch die Jutespinnerei arbeitete nach Eingang größerer Aufträge flott. Im graphischen Gewerbe verbesserte sich der Arbeitsmarkt für Buchdrucker und Hilfsarbeiter etwas, Lithographen und Steindrucker waren weniger begehrt. Im Holzgewerbe glichen sich Zu- und Abgang aus. Im Nah rungsmittelgewerbe hielt die rückläufige Bewegung an. Im Bekleidungsgewerbe hat der starke Andrang aufgehört. Der Umsatz im Gastwirtschafts gewerbe wird immer geringer. Der Zugang von Kaufmannschen und Büro angestellten war noch immer erheblich.

DWV-Sieg bei Humboldt-Deutz-Motorenwerke

Absolute Mehrheit im Arbeiterrat

SPD Bei den Arbeiterratswahlen der Humboldt-Deutz-Motorenwerke A.-G. in Köln, Werk Kast, gingen von 888 Wahlberechtigten 90 Prozent zur Wahl. Es erhielten von 655 gültigen Stimmen der Deutsche Metallarbeiterverband 329 (5 Sitze und 1 Erzähmann), der Christliche Metallarbeiterverband 177 Stimmen (2 Sitze und 1 Erzähmann) und der gelbe Werkverein 149 Stimmen (2 Sitze).

Das Ergebnis ist deshalb besonders bemerkenswert, weil nach der Aussperre im November vorigen Jahres über 200 Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, darunter auch alle bisherigen Arbeiterratsmitglieder, nicht wieder eingekettet wurden, und weil die Firma unter stürmstem Druck einen gelben Werkverein mit 240 Mitgliedern auf die Beine gebracht hat.

Protokoll der Verhandlungen des 14. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (4. Bundestag des ADGB, abgehalten in Düsseldorf)

Wo ruft die Pflicht?

Sozialistische Bildungsarbeit.

Südbezirk: Der Kursus Rauch findet morgen Dienstag, 20 Uhr, in der Goldenen Krone, Braustüberl, seine Fortsetzung.

Ostbezirk: Der Kursus für die erwerbslosen Genossen findet erst morgen Dienstag, 15 Uhr, statt.

Dem. Döbel. Morgen Dienstag, von 14 bis 16 Uhr, in der Schule Dem. Döbel, Beginn des Kursus für erwerbslose Genossen mit Genossen Herberth.

Funktionäre

Gesamter Südbezirk. Donnerstag, den 3. März, 20 Uhr, in der Bibliothek in Connewitz, Vorstandskonferenz. Jeder Vorsitzende bringt den technischen Abteilungsleiter mit.

Frauen

Mit-Leipzig. Dienstag, den 1. März, 20 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 8, Kampfliedabend.

Chemnitz. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, in der Goldenen Krone, Referat des Genossen Solowetschik über „Überglaube, Aufzufüllerei und politische Unreife“.

Thonberg-Reichenau. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Himmelreich, Vortrag des Genossen Weiß über Geschlechtskrankheiten.

Stötteritz. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im VfL, verlängerte Oststraße, Referat der Genossin Böhl „Was geht die Frau die Politik an?“

Großpöppau. Sonnabend, den 5. März, 20 Uhr, im Gasthof, Frauenabend. Genossin Else Gödel spricht über: Warum sind die Lebensmittel so teuer?

Baumsdorf. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Gutspark, Referat des Genossen Bruchardt „Die Frau im Dritten Reich“.

Schönfeld. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Bad Rothenbach, Referat des Genossen Häntzsch „Fehler der Erziehung“.

Deutsch. Dienstag, 1. März, 20 Uhr, im Schwarzen Jäger, Referat der Genossin Starmann-Hunger „Die Abrüstung und die Frauen“.

Plagwitz-Lindenau-Schleußig. Unser Frauenabend am 29. Februar fällt aus. Wir besuchen die öffentliche Versammlung im Felsenkeller. Nächster Frauenabend am 14. März.

Eutritzh. Montag, 29. Februar, 20 Uhr, im Feldschlößchen, Referat des Genossen Kern, „Querschnitt durch die Zeit“ mit Schallplatten.

Vindenthal. Montag, 29. Februar, 20 Uhr, im Turnerheim, Geselliger Abend mit Genossin Dörner.

Freie Sozialistische Schüler.

Dienstag, den 1. März, Märzfeier, literarischer Abend. Volkshaus, 19.30 Uhr, Zimmer 1, schwarze Tafel im Durchgang.

Gemeinschaft Kinderfreunde.

In der Filmveranstaltung im Apollo sind 1 Milde, 2 Handschuhe, 1 Gelbstäschchen und ein Notizbuch gefunden worden. Abzuholen im Sekretariat.

Baumsdorf. Alle Gruppen gehen morgen ins Ostbad. Treffen 14.30 Uhr am Helm. 15 Pf. mitbringen. — Mittwoch sind wir ab 15 Uhr auf der Eisbahn.

Genossenschaft.

133. Beteiligungsstelle. Morgen Dienstag, 20 Uhr, im Neuen Schützenhaus zu Großkötzsch, große Filmveranstaltung.

144. Beteiligungsstelle. Mittwoch, den 2. März 20 Uhr, im Gasthof Neukötzsch, große Filmveranstaltung.

Mitgliederveranstaltungen

Wöhring, Döbel-Dösen. Morgen Dienstag, 20 Uhr, findet im Stern ein „Roter-Spazier-Abend“ zum Besten der Kinderfreunde statt. Die Einzeichnungsliste zum Eltern-Buch liegt hier aus. Es können sich also alle, die sie noch nicht eingetragen haben, hier einschreiben.

Mit-Leipzig. Heute 20 Uhr im Volkshaus Mitgliederversammlung, „Die Präsidentenwahl“. Referent: Gen. Sauer.

Bergwerkskatastrophen

Schweres Grubenunglück in West-Virginia

WB Bluefield (West-Virginia), 27. Februar.

In einer hiesigen Kohlengrube ereignete sich eine Explosion. 30 Bergarbeiter werden vermisst.

Schweres Unglück in einem Bergwerk bei Salzburg

WB Salzburg, 27. Februar.

In dem Bergwerk Mitterberg bildeten sich infolge eines Transformatorbrandes giftige Gase, die bei zwei Arbeitern zu schweren Vergiftungen führte, doch beide starben. Ein dritter Arbeiter wurde mit schweren Vergiftungsscheinungen geborgen. Zwei Arbeiter werden noch vermisst.

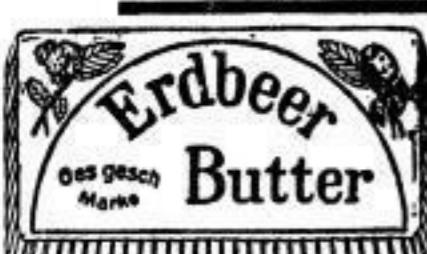
Schwere Explosion im Hotel

Drei Schwerverletzte

IL Rottowitz, 27. Februar.

Im Hotel Bristol in Szczecin bei Weißrath ereignete sich eine folgen schwere Explosion. Der 12jährige Sohn des Hotelbesitzers hatte in der Hotelküche ohne Willen des Kochs einen Behälter mit 5 Liter Rohöl zum Aufwärmten auf die Herdplatte gestellt. Die Dämpfe explodierten plötzlich, so daß der Knabe, seine 28jährige Schwester und der Hotelsohne schwer verletzt wurden. Alle drei haben erhebliche Brandwunden erlitten und mußten in das Krankenhaus übergebracht werden. Die Explosion war so stark, daß eine Mauer des Hotels einstürzte und sämtliche Fensterscheiben in Trümmer gingen. Der Sohn bemächtigte sich einer Panik. Während der allgemeinen Aufrregung gelang es zwei Dieben, erhebliche Beute zu machen. Ein Schadenfeuer konnte durch die Feuerwehr auf ihren Herd beschränkt werden.

Die Berliner Butternotierung stieg um 38 Pfg. per Pfund



Allerfeinste, garantiert reines Naturbutter

innerhalb der letzten zwei Monate. Im Auslande war die Preisbewegung noch größer, so daß der Butterhandel schwere Wochen durchzumachen hatte. Schwere Wochen besonders deshalb, weil in diese Zeit auch noch die enorme Erhöhung des Buttergutes fiel. Und das alles zu einer Zeit, in welcher der Butterverbrauch der kleinsten im ganzen Jahre ist. Es war also eine harte Belastungsprobe für den Butterhandel, denn in der Zeit des Preisabbaues gibt es natürlich mit den Butterverbrauchern unangenehme Auseinandersetzungen, wenn Preiserhöhungen vorgenommen werden sollen.

Die „Erdbeer-Butter“ hat es deshalb gar nicht gewagt, die letzten gewaltigen Notierungssteigerungen bei dem Ladenpreise zum Ausdruck zu bringen, so daß die letzten Wochen ihr schwere Verluste brachten.

Nur die in den Handel eingebrachte billigere Tischbutter mit dem Kennzeichen E. B. B. mußte in den Läden teurer verkauft werden, nämlich von 78 Pfg. an per Stück, während der Preis für „Erdbeer-Butter“ nicht über 90 Pfg. per Stück erhöht wurde. Hoffentlich werden die Verbraucher der „Erdbeer-Butter“ das anerkennen und treu zu ihr halten, auch wenn sie sich einmal der Wiederholung solcher Verluste nicht ausgleichen kann.

Immer wieder wird bei dieser Gelegenheit auf die neu eingeführten erstklassigen Brotaufstrichmittel:

Garantiert reiner Lindenblüten-Honig, Aprikosen-, Erdbeer- und Himbeer-Konfitüre

hingewiesen. Diese Artikel werden zu volkstümlichen, aufgedruckten Preisen verkauft. In allen Stadtteilen sind dieselben erhältlich. Wer alle Butter zu teuer ist, braucht keine Margarine zu kaufen. Besonders auf Lindenblüten-Honig wird als Brotaufstrich für Kinder aufmerksam gemacht, denn dieses edle Naturprodukt ist wegen seines Vitaminreichtums das gesündeste; bei RM 1.15 per Pfund auch das reiswerteste Nahrungsmittel.

Um vielfachen Wünschen zu entsprechen, kommt in etwa 14 Tagen unter der Bezeichnung Blütenhonig in denselben Verkaufsstellen garantiert reiner Bienenhonig in einer hier beliebten Geschmacksrichtung zum gleichen Preise zum Verkauf, worauf heute schon hingewiesen wird.

Un auswärtigen Plätzen, wo mit Frachtkosten zu rechnen ist, erhöht sich der Preis um einige Pfennige. — Engros-Verkauf der „Erdbeer-Butter“ Kohlgartenstr. 1/3, Tel.-Sammel-Nr. 729 01, Stadtbüroverteilungsstelle B. Dörr, Groß- und Centralmarkthalle, und B. Bertram, Schloßgasse 18.

SACHSEN

Noch immer steigt das Elend

Noch immer steigt die Zahl der Arbeitssuchenden. Am 15. Februar 1932 wurde der Stand von 714 534 erreicht, der 22,6 Prozent über dem Stand vor gleicher Zeit des Vorjahrs liegt. Es ist noch ungewiß, ob diese Zahl den diesjährigen winterlichen Höchststand bedeuten wird. Der in der Beziehungszeit vom 1. bis 15. Februar eingetretene Kältereinbruch verhindert weitere Einstellungen in der Landwirtschaft sowie bei anderen Außenarbeiten, die von der Witterung abhängig sind und zwangsweise Baugewerbe zu fortsetzenden Entlassungen. Auftragsmangel in verschiedenen Zweigen der Metallindustrie, insbesondere in der Schwerindustrie, im Maschinenbau, Gießereiwerke, Radioindustrie, verursacht weitere Zugänge an Arbeitsuchenden. Auch der Arbeitsmarkt der Textilindustrie wurde durch Entlassungen aus der Strumpfbranche und sonstigen auf die Ausfuhr nach England angewandten Betriebzweigen neu belastet. Demgegenüber konnten saisonmäßige Belebungsscheinungen in der Tricotagenindustrie, in der Woll-, Baum- und Sedaubereitung und in der vogtländischen Stofferei- und Spinnereiindustrie noch kein genügendes Gegengewicht bieten, wenn auch der Zugang an Arbeitsuchenden gegenüber der vorhergehenden Beziehungszeit wesentlich nachgelassen hat. Die übrigen Berufsgruppen wiesen im allgemeinen eine gedrückte Lage auf, aus der sich als mehr oder weniger bedeutende Stützpunkte des Arbeitsmarktes Belebungen des Beschäftigungsgrades in der Industrie der Steine und Erden, in der Möbel- und Kleinhölzlerindustrie einzelner Arbeitsamtsbezirke, in der Zigarettenindustrie und in einigen Zweigen des Bekleidungsgewerbes hervorheben.

Verschiedene Arbeitsamtsberichte berichten über zahlreiche Aussiedlungen von Hauptunterstützungsempfängern aus der Arbeitslosenversicherung, so daß im ganzen die Bewegung in der Arbeitslosenversicherung vom 31. Januar bis 15. Februar 1932 trotz Zuganges in anderen Bezirken leicht rückläufig ist. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung sank von 186 825 auf 186 362, also um 483 oder 0,2 Prozent. Es wurden jedoch vorwiegend nur die männlichen Personen von diesem Rückgang betroffen, während die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger insgesamt um 1879 oder 2,7 Prozent sowohl die Zahl der männlichen als auch der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger. Die Gesamtsteigerung vollzog sich von 175 852 auf 177 859, also um rund 2000 oder 1,1 Prozent.

Der Sächsische Gemeindetag schreibt zur Steigerung der Arbeitslosigkeit:

In Sachsen ist im Gegensatz zum Reich die Arbeitslosigkeit lawinartig weiter angewachsen. Im Januar 1932 ist in Sachsen die Zahl der Arbeitslosen um über 15 Prozent mehr gestiegen als im Januar 1931, während im Reich in derselben Zeit die monatliche Steigerung um 26 Prozent geringer war als im Januar 1931. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Sachsen sowie im Reich sich die Anzahl der Arbeitslosen um 23 Prozent gegenüber dem 31. Januar 1931 vermehrt hat. Am 31. Januar 1932 betrug die Anzahl der Arbeitslosen in Sachsen 714 005 oder 142,8 auf 1000 Einwohner und im Reich 8 041 910 oder 96,8 auf 1000 Einwohner. Damit sind nunmehr von allen nach der Bevölkerung 1925 festgestellten Erwerbstätigkeiten in Sachsen 27 Prozent, im Reich dagegen nur 19 Prozent erwerbslos. Die Anzahl der Arbeitslosen beträgt am 15. Februar 1932 8 127 000 und ist somit um 1,1 Millionen höher als am 15. Februar 1931.

Sinkende Steuereinnahmen

Nach den Mitteilungen des Statistischen Landesamts bezogenen die Einnahmen des Staates an Landessteuern (Grund-, Gewerbe-, Mietsteuer, Schlachtfesteuer) im Januar d. J. 8,66 Millionen Mark gegen 9,22 im Januar 1931. An Reichssteuern (Einkommen-, Körperhaft-, Kraftfahrzeug-, Biersteuer) wurden im Januar 1932 an das Land 8,95 und an die Gemeinden und Bezirksverbände 9,46 Millionen Mark überwiesen; die entsprechenden Zahlen für Januar 1931 laufen 16,06 bzw. 17,32. Das Auskommen an Lohnsteuer in Sachsen belief sich im Januar 1932 auf 6,80 Millionen Mark gegen 9,12 im Januar 1931.

Die Gesamtverschuldung der fünf sächsischen Großstädte (Leipzig, Dresden, Chemnitz, Plauen, Zwickau) einschließlich Kasenfidekte betrug Ende Dezember 1931 insgesamt 631,72 Millionen Mark gegen 590,78 Ende Dezember 1930; davon waren 58,88 bzw. 60,90 Millionen Mark Auslandschulden.

Fahrpreissenkungen bei den staatlichen Omnibuslinien

Die Betriebsleitung vom staatlichen Kraftverkehr schreibt uns: Der Reichsminister für Verkehrsamt ist nunmehr auch an die Kraftwagen-Unternehmungen herangetreten, um eine Senkung der Fahrpreise für die Kraftomnibuslinien zu erreichen.

Die seit Herbst 1930 und im Juli 1931 noch erhöhten Fahrpreisschläge, die durch den Benzinfinanzmangel erforderlich wurden, kommen mit Wirkung vom 1. März 1932 ganzlich in Kraft, ferner werden in großer Zahl Rückfahrtscheine zu ermäßigten Preisen eingeführt und deren Gültigkeit allgemein von 3 auf 4 Tage (Lösungstag eingeschlossen) verlängert.

Bei den Sammeltarifen (12er und 25er Karten) treten überdies erhebliche Verbilligungen und Erleichterungen in ihrer Verwendung ein, insbesondere sind aber die Preise für die Monatskarten bei größeren Entfernen ganz wesentlich herabgesetzt worden. Auf leichtere erhalten Schüler dann noch einen weiteren Rabatt von 30 Prozent.

Die Berufssreisenden und solche Fahrgäste, welche die staatlichen Omnibuslinien oft benutzen, aber von den Sammeltarifen und

Monatskarten keinen günstigen Gebrauch machen können, wird eine neue Einrichtung zur Benutzung auf allen Linien eingeführt. Gegen Entrichtung einer Pauschalgebühr von 20 Mark monatlich werden solche Reisende auf allen Linien zum halben Fahrpreis befördert.

Die Preise für Expresszugbeförderung auf den Linien der Staatslichen Kraftwagenverwaltung sind vor kurzem ebenfalls herabgemindert worden.

Zur Reichspräsidentenwahl

In der Sächsischen Staatszeitung veröffentlicht die Staatskanzlei die V. Verordnung über die Wahl des Reichspräsidenten. Danach sind die Stimmlisten und Stimmkarten vom 3. bis 6. März auszulegen. Die Gemeindebehörden können die Auslegung schon früher beginnen lassen. Kreiswahlleiter sind im 28. Wahlkreis Dresden-Bautzen-Oberregierungsrat Ruhland (Kreishauptmannschaft Dresden), im 29. Wahlkreis Leipzig-Oberregierungsrat Hemperg (Kreishauptmannschaft Leipzig), im 30. Wahlkreis Chemnitz-Zwickau-Stadtrat Dr. Gleiberg (Stadtrat Chemnitz). Amtliche Stimmkarten werden von den Kreiswahlleitern gefertigt. Die bei früheren Wahlen benutzten Stimmzettelumschläge sind wieder zu verwenden, soweit sie brauchbar sind.

In einem weiteren Absatz werden Bestimmungen getroffen, die Verbote gegen die Wahlvorschreiter ausschließen sollen. Nach Geschlechtern getrennte Stimmabgabe darf in kleinen Stimmbezirken, wo dadurch das Wahlscheinnis gefährdet wird, nicht stattfinden. In Stimmbezirken mit weniger als 1000 Stimmberechtigten kann eine kürzere als die in der Reichsstimmordnung vorgesehene Abstimmungszeit festgesetzt werden, die jedoch mindestens 6 Stunden betragen muß.

Ende des Wahlgeheimnisses

Die lästige Regierung hat angeordnet:

In den Stimmlisten und Stimmkarten ist vor ihrer Auslegung das für den Vermerk der erfolgten Eintragung für das Volksbegehren angewandte Kennzeichen bei allen Stimmberechtigten in der im Eintragungsverfahren benutzten Spalte einzutragen, so daß man nicht mehr erkennen kann, ob ein Stimmberechtigter am Volksbegehren teilgenommen hat oder nicht. Listen und Karten, in denen die Teilnahme am Volksbegehren sich nicht vollständig eintragen läßt, dürfen bei der Reichspräsidentenwahl nicht verwendet werden.

Mandatmüde Staatssparteile

In Pirna hat der staatssparteiliche Stadtverordnetenvorsteher Prof. Heinrich wegen der Kritik an seinem Verhalten in der letzten, etwas stürmischen Stadtverordnetenversammlung sein Amt und zugleich auch sein Mandat niedergelegt. Heinrich, der 12 Jahre Stadtverordnete war, hat erklärt, die gegenwärtige sogenannte Selbstverwaltung sei ein ungeheuerer Verlauf, dies mit der Begründung, daß an die Stelle sachlicher Arbeit vielfach Parteiarbeit und persönliche Verunglimpfungen getreten sei. Häufig würden Beschimpfungen gefaßt, die nicht durchführbar seien. Die Neuwahl des Vorstehers ist für Freitag in Aussicht genommen. Auch der Stadtkassendirektor Biebrach (Staatsspartei) hat aus Gefundheitrücksichten sein Mandat niedergelegt. Nachfolger auf der Liste sind der Angestellte Krebschmar und Frau Pfarrer Peter.

Der Döbelner Strafensklav vor Gericht

Das Gemeinsame Schöffengericht Chemnitz beschäftigte sich in mehrtagiger Verhandlung mit den Vorgängen in Döbeln am 30. August 1931, wo es bei einer kommunistischen Demonstration zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war, wobei mehrere Polizeibeamte verletzt wurden. Die Verhandlung stand am Freitag in Döbeln, am Sonnabend in Chemnitz statt. Die Angeklagten Hellwig und Baumgart aus Döbeln wurden zu je zehn Monaten Gefängnis, Bergarbeiter Mehner zu acht Monaten Gefängnis, drei weitere Angeklagte zu je sechs Monaten Gefängnis, drei weitere zu verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Hellwig und Baumgart wurde die volle Untersuchungshaft auf die Strafe angerechnet.

Hammerhaften

Von Walter Streicher.

Die Gewerkschaften sind die wirtschaftlichen Klassenkampforganisationen des Proletariats. Sie sind das Bollwerk, die im Wesen des Kapitalismus liegende wirtschaftliche und damit kulturelle Verelendung des Proletariats abzuwehren. Der Kampf der Gewerkschaften ist in erster Linie ein wirtschaftlicher Kampf. Er beruht auf der Kenntnis der im Kapitalismus wirkenden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte und Gesetze. Diese bewirken, daß der beschäftigte Arbeiter um einen wesentlichen Teil seines Arbeitsertrages gebracht wird. Das, was ihm als Lohn gezahlt wird, ist nur ein Teil seines Arbeitsertrages und reicht nicht aus, um eine menschenwürdige Existenz zu führen. Der Druck der kapitalistischen Kräfte ist ein Dauerzustand, der nur ausgeglichen werden kann durch ebenso dauerndes Gegenwehr.

Diese Gegenwehr besteht in der Hauptsache in der Organisierung und Beeinflussung des Arbeitsangebotes. Durch organisierte Vorhaltung der Arbeitskraft werden bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erzwungen. Der Kapitalist, der Arbeitskraft benötigt, wird zur Zahlung eines höheren Preises veranlaßt, weil er sonst sein Kapital brachte lassen müßte.

Nebenbei geht der politische Kampf der Gewerkschaften, dessen Ziel die Einführung auf Gesetzgebung und Verwaltung ist. In diesem Kampfe haben die Gewerkschaften einen treuen Bundesgenossen, die Sozialdemokratische Partei, die den politischen Kampf um die Erweiterung der Rechte des Proletariats führt.

Eines ist für den wirtschaftlichen und politischen Kampf unerlässlich: die Demokratie.

Die freie, uneingeschränkte demokratische Versammlung ist die Plattform, auf der das Proletariat um seine Rechte und damit um die Aufwärtsentwicklung der Menschheit kämpft.

Gedanke aber steht, wo infolge des Versagens des Kapitalismus sich die Menschheit in großer Verzweiflung befindet, wo Hunger und Elend, Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Not unerträglich werden, ist die Demokratie am meisten bedroht. Der um seine Alleinherrschaft bangende Kapitalismus verflucht mit Hilfe der von ihm noch ideologisch beeinflußten, aber schon wirtschaftlich zusammengebrochenen Mittelschichten und der noch nicht klassenbewußten Schichten des Proletariats, sich der planmäßigen Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft entgegenzustimmen. Ein großes Hindernis ist ihm bei diesem Ziele die demokratische Verfassung. Deshalb das Streben, die Demokratie zu Falle zu bringen, und sei es mit Gewalt. Deshalb die Herauszüchtung von Kampftruppen;

Die Methode des Faschismus ist die Gewaltanwendung gegen alles, was ihm entgegensteht. Politische und wirtschaftliche Freiheit sind ihm verhasst. Der Gewaltanwendung muß aber rechtzeitig vorgebeugt werden.

Als republikanische Abwehrformation gegen den Faschismus kam bisher das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold in Frage, dessen Formationen allerdings in der Hauptfläche von klassenbewußten Arbeitern gebildet wurden. Daneben gab es in neuerer Zeit, besonders in Sachsen, die Abwehrformationen der SPD. Bei aller Bedeutung, die ganz besonders dem Reichsbanner zukommt, und bei aller Anerkennung des bisher vom ihm Gesetzten, muß doch die Frage aufgeworfen werden, ob sie die demokratisch-republikanisch gesetzte Bevölkerung, vor allem aber die Arbeitersklasse, damit begünstigen kann. Schon zahlmäßig müssen viel mehr Kräfte eingesetzt werden.

Die Mobilisierung der vorhandenen demokratisch-republikanischen Kräfte vorzunehmen, ist die Aufgabe der „Eisernen Front“. In ihr treten zur Stammtruppe des Reichsbanners die anderen Abwehrformationen. Das sind die Hundertschaften der Arbeiter-Sportverbände, die Schutzaformationen der SPD. und die Hammerhaften der freien Gewerkschaften. Ein Vierteljahr möchte man satt lagern und doch liegt dieser Gliederung eine große innere Berechnung zugrunde. Es gilt, den Menschen dort zu fassen, wo er sich schon organisatorisch betätigt, wo er zu Gleichdenkenden Bindungen hat.

Das Reichsbanner als überparteiliche Organisation ist das Sammelbeden der Republikaner schlechthin, ohne Rücksicht auf und ohne Förderung einer Parteizugehörigkeit. Die Körpergesättigten Arbeitersportler stellen in ihren Verbänden eine schlagfertige Abwehrformation dar. Der SPD-Mann mag in seiner reinen Partei-

formation kämpfen, und der Nurgewerkschafter tritt in die Hammerhaften ein.

Die Hammerhaften sind also keine Konkurrenz gegenüber den schon bestehenden Abwehrformationen, sondern vielmehr eine sehr wichtige und notwendige Ergänzung. Selbst wenn alle eingeschriebenen Mitglieder des Reichsbanners, der SPD, der Arbeiter-Sportverbände zugleich auch Gewerkschafter wären und den aktiven Abwehrformationen der vorgenannten Organisationen angehören würden, noch Millionen Gewerkschafter übrigbleiben, die die Hammerhaften bilden könnten.

Der organisierte Gewerkschafter muß erkennen, daß sein Wirkungsfeld sofort verbaut ist, daß die Erfolge Jahrzehntelangen Rüngens vernichtet sind, wenn Republik und Demokratie besiegt werden. Sein elementarisches Lebensinteresse zwingt ihn, sich zur Republik und Demokratie zu befreien, ja nicht nur zu ihnen sich zu befreien, sondern sie auch zu schützen. Die gewerkschaftliche Arbeit steht und fällt mit der freien, demokratischen Verfassung.

Diese Erkenntnis zwingt zum Handeln. Die Millionen Gewerkschafter dürfen den Schutz der Demokratie nicht den anderen Abwehrorganisationen allein überlassen und denen von ihnen, die sich schon diese Abwehrformationen eingerichtet haben. Sie sind verpflichtet, Mann für Mann sich einzufügen. Und wollen sie nicht in schon bestehende Abwehrorganisationen eintreten, dann müssen sie eigene Formationen schaffen. Das sind die Hammerhaften.

Bedarfte es aber besonderer Organisationsformen, genügten nicht einfach die schon bestehenden gewerkschaftlichen Organisationsglieder? Nein! Die Gewerkschaften als anerkannte wirtschaftliche Interessenvertretungen haben vielfältigste Aufgaben, die einen ganz bestimmten Organisationsaufbau bedingen. Der Aufgabenkreis ist vielfach gelegentlich genau umschrieben. Die Gewerkschaften sind zu genauer Rechnungslegung verpflichtet, sie verlangen Pflichten und gewähren dafür Rechte, die satzungsmäßig festgelegt sind. Sie sind etwas Bleibendes und in diesem Sinne an gewisse starke Organisationsformen gebunden. Die Hammerhaften dagegen sind aktive Abwehrformationen, die einmal volle Hingabe des einzelnen voraussehen, aber auch volle Bewegungsfreiheit haben müssen. Sie können nicht an starke Säulen wie die Gewerkschaften gebunden sein.

Sie sollen also neben den eigentlichen satzungsmäßigen Organisationsgliedern der Gewerkschaften stehen und dennoch ideell und praktisch in den Gewerkschaften. Sie sind kein Nebendarlin, sondern ein Janusdrin. Deshalb ist eine bevorbereitete Beitragssleistung und Kassenführung vollkommen ausgeschlossen. Die Organe der Hammerhaften sind von den Gewerkschaften zu ernennen, von den Gewerkschaften erhalten sie ihre Aufgaben, den Gewerkschaften sind sie verantwortlich.

Der Wirkungskreis der Hammerhaften ergibt sich aus ihrer Stellung innerhalb der Elternfront.

Die Hammerhaften sollen eine straffere Erfassung der Gewerkschaftsmitglieder herbeiführen und sie erziehen zu aktiverem Massenaufstreten.

Das straffe, geschlossene Massenaufstreten ist ein gutes Mittel, dem Gegner zu zeigen, daß man nicht lange machen läßt, aber auch ein Mittel, dem Gegner die eigenen Kräfte vorzuführen. Der eigentliche gewerkschaftliche Kampf spielt sich viel zu sehr nur innerhalb des Kreises der direkt Beteiligten ab und bietet wenig Gelegenheit zu öffentlichem Auftreten. Die Hammerhaften aber lassen weit hin erkennen, über welch große Reserven die Eisene Front verfügt. Dieses straffe, gut disziplinierte Massenaufstreten ist aber auch geeignet, das Selbstvertrauen im eigenen Lager in hohem Maße zu verstetigen.

Hinzu kommt die Erziehung der Gewerkschafter zu disziplinierter Abwehr von Terroristen, sei es gegen die Einrichtungen der Arbeiterschaft, sei es gegen den einzelnen, sei es gegen die demokratischen Einrichtungen überhaupt. Das ist eine Aufgabe, die eben nur von den Hammerhaften gelöst werden kann, nicht aber von den sonstigen gewerkschaftlichen Organisationsgliedern.

Doch schon die Erfüllung der ersten Aufgabe würde beweisen, daß die Hammerhaften keine überflüssige Organisation sind.

Nun aber, da der Gedanke geboren ist, gilt es, ihn fruchtbart zu machen.

Der Konsum im Krisenjahr

SPD Von den rund 3 Millionen Haushaltungen, die in den Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes deutscher Konsumgenossenschaften vereine zusammengeschlossen sind, dürften gegenwärtig mehr als 2 Millionen von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit heimgesucht sein. Daß sich das auf die Entwicklung der Konsumgenossenschaften auswirken muß, versteht sich von selbst. Immerhin kann man sagen, daß

die Konsumgenossenschaften starke Widerstandsfähigkeit gegen die Krisenanwelungen an den Tag legen. Das zeigt auch der Abschluß für das vierte Quartal 1931. Die Entwicklung geht aus folgender Zusammenstellung hervor:

	1. Quartalsjahr	2. Quartalsjahr	3. Quartalsjahr	4. Quartalsjahr
Jahrs der Mitglieder	2 089 135	2 980 193	2 924 043	2 938 445
Durchschnittsumlauf je Mitglied in Mark	85,94	89,28	86,05	85,80
Sparsparlagen in Millionen Mark	409,55	405,44	360,07	317,25
Rücklagen aller Art in Millionen Mark	65,40	84,73	65,35	66,00
Giro- und Bankinlagen bei der Großeinlauffgesellschaft deutscher Konsumvereine in Millionen Mark	148,21	149,66	124,30	93,41

Die Mitgliederzahl der Konsumgenossenschaften ist also gewachsen und dürfte, wenn man die Mitgliedschaften der Vereine unter 400 Mitgliedern berücksichtigt, mehr als 3 Millionen betragen. Die finanzielle Anspannung erklärt sich durch die Sparparade, die ja auch die Konsumgenossenschaften Sparer nicht schont, und die die Konsumgenossenschaften zwang, von ihren Einnahmen bei der Großeinlauffgesellschaft deutlicher Konsumvereine erhebliche Mittel flüssig zu machen, um den Anforderungen der sparenden Konsumgenossen zu entsprechen. Die Verluste an Sparsparlagen bei den Genossenschaften machen im zweiten Quartalsjahr 1931 nur 4,11 Millionen Mark aus (im Vorjahr Zuwachs von 12,97 Millionen), im dritten Quartalsjahr 45,36 Millionen (im Vorjahr Zuwachs von 11,99 Millionen) und im vierten Quartalsjahr 42,82 Millionen (im vorjährigen Jahr Verluste von 8,94 Millionen Mark).

Über den Umsatz berichtet folgende Zusammenstellung:

	4. Quartalsjahr	3. Quartalsjahr	2. Quartalsjahr
Gesamtumsatz in Millionen Mark	312,80	251,62	252,38
Umsatz der Großeinlauffgesellschaft in Millionen Mark	130,04	114,11	107,03
Umsatz der Großeinlauffgesellschaft im Verhältnis zum Konsumgenossenschaftlichen Umsatz	41,57%	45,35%	42,06%
Umsatz der Eigenbetriebe der Großeinlauffgesellschaft in Millionen Mark	38,55	40,51	38,16
Verhältnis der großen Einlauffgesellschaft zum Konsumgenossenschaftlichen Umsatz	12,82%	16,09%	15,12%

Im Verhältnis zur gleichen Zeit des Vorjahres sank der Umsatz der Konsumgenossenschaften im Jahre 1931 um 10 Millionen Mark im ersten Quartalsjahr, um 29 Millionen Mark im zweiten Quartalsjahr, um 40 Millionen Mark im dritten Quartalsjahr, und um 61 Millionen Mark im vierten Quartalsjahr 1931. Der gefallene Umsatzrückgang der Konsumgenossenschaften stellt sich für das Jahr 1931 auf 100 Millionen Mark = 13,5 Prozent. Natürlich muß man hier berücksichtigen, daß der mengenmäßige Umsatz infolge der Preisentnahmen höher liegt.

Neue Drosselung der englischen Kohleneinschuhe

Der Reichskohlenkommissar hat die Einfuhr englischer Kohle nach Deutschland für März um weitere 50 000 Tonnen heruntergesetzt. Im April tritt eine weitere Ermäßigung um 50 000 Tonnen in Kraft. Die neue Drosselung der englischen Kohleneinschuhe wird wie folgt begründet:

Während z. B. die arbeitsfähige Förderung an der Ruhr im Durchschnitt des Jahres 1929 rund 407 000 Tonnen betrug, ist sie im Februar 1932 bis auf etwa 240 000 Tonnen gesunken. Die deutsche Bergarbeiterföderation wird von dieser Katastrophen-Entwicklung in unerträglicher Weise betroffen. Die Belegschaft an der Ruhr, die im Jahre 1929 noch 281 000 Köpfe betrug, ist bis auf etwa 200 000 zurückgegangen und muß trotzdem häufig Feierabenden mit ihrem bei den geplanten Löhnen um so empfindlicheren Verdienstausfall in Kauf nehmen.“

Der Katastrophen-Außgang der Belegschaft im Ruhrbergbau ist allerdings weit weniger die Folge erhöhter Einfuhr von Kohle aus dem Ausland, als rückgängiger Kohlenbedarf im Inland. Der Ruhrbergbau hätte, um der englischen Kohleneinschuhe zu begegnen, hierüber, das tiefstürzende Referat Prof. Ledderer: „Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die 40-Stunden-Woche“, die mutige Rede Oberbürgers Leiters Bauers über „Öffentliche und private Wirtschaft“ und der Vortrag Nöpels über „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“ Beachtung und Aufmerksamkeit.

Aus dem Protokoll der Leipziger Tagung des AfA-Bundes ist vor allem die instruktive Rede Hilferding über „Gesellschaft oder Privatmacht über die Wirtschaft“ und das bedeutende und prinzipiell klare Referat Aufbauers über „Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung“ hervorzuheben. Wer sich über die Fragen, die heute die Arbeiter- und Angestelltenbewegung beschäftigen und die Stellungnahme der freien Verbände zu ihnen klarheit verschaffen will, der greife zu den Protokollen.

Abschrägung für Maschinen

Frankfurt a. M., 345 Seiten, Berlin 1931. Preis gebunden 4,50 RM, kart. 2,30 RM. Verlagsgeellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14.

Protokoll vom 4. AfA-Gewerkschaftskongress in Leipzig vom 5. bis 7. Oktober 1931. Freier Volksverlag GmbH, Berlin NW 40. 271 Seiten. Organisationspreis 4 RM, Ladenpreis 4,50 RM.

Die Protokolle der Tagungen, die die beiden freigewerkschaftlichen Spitzenverbände, der ADGB und der AfA-Bund, im Spätsommer resp. im Frühherbst des vergangenen Jahres abgehalten haben, sind von besonderem Interesse, weil sie über die Stellungnahme der beiden großen Organisationen zu den heutigen wirtschaftlichen Problemen, die auf den Kongressen eingehend erörtert worden sind, Aufschluß geben. Von der Frankfurter Tagung verdient insbesondere der Geschäftsbericht Leiters und die Diskussion hierüber, das tiefstürzende Referat Prof. Ledderers: „Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die 40-Stunden-Woche“, die mutige Rede Oberbürgers Leiters Bauers über „Öffentliche und private Wirtschaft“ und der Vortrag Nöpels über „Entwicklung und Ausbau des Arbeitsrechts“ Beachtung und Aufmerksamkeit.

Aus dem Protokoll der Leipziger Tagung des AfA-Bundes ist vor allem die instruktive Rede Hilferding über „Gesellschaft oder Privatmacht über die Wirtschaft“ und das bedeutende und prinzipiell klare Referat Aufbauers über „Ideologie und Taktik der Angestelltenbewegung“ hervorzuheben.

Wer sich über die Fragen, die heute die Arbeiter- und Angestelltenbewegung beschäftigen und die Stellungnahme der freien Verbände zu ihnen klarheit verschaffen will, der greife zu den Protokollen.

Wie der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten mitteilt, haben Inlands- und Auslandsgeschäft im Monat Januar weiter nachgelitten. Angesichts des immer schlechter werdenden Binnenmarktes nehme die Bedeutung der Ausfuhr, trotz ihres absoluten Rückgangs, immer noch zu. Auch sei der Anteil Deutschlands an der Weltausfuhr von Jahr zu Jahr gestiegen.

Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten warnt daran, auf handelspolitischem Gebiet weiter Vorspann zu verschließen, was angesichts der Haltung der Schwerindustrie, die Absperrzölle vor allem gegen England verlangt, von besonderer Wichtigkeit ist. Die Maschinenindustrie stellt fest:

„Selbstverständlich kann Deutschland nicht darauf verzichten, gegen die Angriffe auf seine Weltmarktposition und die Hemmungen, die seiner Ausfuhr bereitet werden, mit auswärtsgelegten Gegenmaßnahmen zu antworten. Um so notwendiger ist es aber, sich bewußt zu bleiben, daß es sich hier nicht etwa um einen Übergang zu einem neuen oder gar höheren Wirtschaftssystem handelt, sondern um vorübergehende Maßnahmen zur Abwehr von Notständen. Das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik muß sein, neben der Entwicklung des Binnenmarktes, für die bereits die Erhaltung der Kaufkraft der für den Export Beschäftigten von wesentlicher, leider oft vergessener Bedeutung ist, die Ausfuhr aufrechtzuerhalten und zu fördern. Denn wir sind finanziell vom Ausland um so unabhängiger, je günstiger unsere Devisensituation ist, und für die Erhaltung der deutschen Produktionsspitze sowie das Ansehen Deutschlands in der Welt ist die bestmöglichste Bewertung unserer hochqualifizierten Arbeit auf dem Weltmarkt eine unerlässliche Voraussetzung.“

Die Reichsregierung verspricht: Die Reichsregierung läßt erklären, daß eine Erhöhung des Brotpreises nicht eintreten wird.

Die Reichsgesetzbundesgesellschaft wird durch Bereitstellung von billigem russischen Roggen den Mehlpriß soweit senken, daß der Brotpreis nicht verteuert wird.

Wohlführungen im französischen Kohlenbergbau

SPD Paris, 27. Februar.

Für die Kohlengruben des Montbeliens und des Gebiets von Ales (Südfrankreich) sind am Freitag zwischen den Grubengesellschaften und den Bergarbeitergewerkschaften über die von den Unternehmern beantragte Lohnsenkung Abkommen abgeschlossen worden. Im Montbelien werden die Löhne statt um 10 Prozent, wie die Unternehmer gefordert hatten, um 8 Prozent gesenkt. Der Bedien von Ales beträgt die Kürzung 7,5 Prozent. Die neuen Löhne treten rückwärts ab 16. Februar in Kraft.

Reiselegitimationskarten. Kaufleute, Handelsvertreter und Handlungsgesellschafter, die außerhalb des Ortes der gewerblichen Niederlassung Bestellungen auf Waren suchen oder Waren einkaufen, müssen im Besitz einer für das laufende Kalenderjahr gültigen Reiselegitimationskarte sein. Legitimationskarten fertigt aus: Gewerbeamt im Neuen Rathaus, Erdg., Zimmer 180.

1½ Hunderttausend überschritten

